

Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter
und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Nr. 46.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Für Nichtmitglieder durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mark. Fernsprech-Nummer 4428.

Düsseldorf, 18. November 1911.

Redakteur: H. Heutmann, Düsseldorf, Kavalleriestr. 22. Expedition u. Druck von Joh. van Nieuwen, Krefeld. Tel.-Nr. 1358. Telegr.-Adresse: Textilverband Düsseldorf.

13. Jahrg.

An die christlich-nationalen Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Raum ist der schwere Kampf der Tabakarbeiter am Niederrhein beendet, den der Verband christlicher Tabak- und Zigarrenarbeiter Deutschlands allein und mit Erfolg für die Arbeiter durchgeführt hat, so ist an einer anderen Stelle in demselben Gewerbe ein heftiger folgenschwerer Kampf entbrannt. Seit dem 14. Oktober sind die **organisierten Tabakarbeiter und Tabakarbeiterinnen in Westfalen und Lippe ausgesperrt**, weil in einigen Betrieben von den Arbeitern Forderungen zwecks Aufbesserung ihrer bedrückten Lage gestellt worden waren. Dabei ist die wirtschaftliche Lage der westfälischen Tabakarbeiter eine äußerst gedrückte, **die Lohnverhältnisse sind die denkbar traurigsten**. Nach dem amtlichen Bericht der Tabakarbeiterberufsgenossenschaft betrug in den drei wichtigsten Kreisen der Durchschnittslohn eines **Dollarbeiters nur 2,16 M. pro Tag**. Trotzdem wurden die bescheidenen Forderungen der Arbeiter von den Unternehmern abgelehnt. Der Fabrikantenverband drohte vielmehr sofort mit einer allgemeinen Aussperrung, falls die Arbeiter auf ihren Forderungen beharren und die erfolgten Kündigungen nicht bis zum 28. September zurücknehmen würden.

Als sich die Arbeiter diesem Ultimatum nicht bedingungslos fügten, machten die Unternehmer ihre Drohung wahr und sperrten am 14. Oktober circa 9000 Tabakarbeiter und -Arbeiterinnen aus. In den ersten Wochen ist die Zahl der in den Kampf verwickelten Arbeiter auf etwa 10000 gestiegen, darunter 4000 Arbeiterinnen. Die Tabakarbeiter von **Bremen, Altona und Hamburg** sind ebenfalls mit in den Kampf hineingezogen und haben sich mit den westfälischen Kollegen solidarisch erklärt, weil es sich um dieselben Firmen handelt, die in den genannten Städten ihre Hauptgeschäfte, in Westfalen ihre Filialen haben. Dadurch werden in Bälde

14000 Tabakarbeiter und -Arbeiterinnen im Kampf

um eine menschenwürdige Existenz stehen. Daß es dem Fabrikantenverband hauptsächlich darum zu tun ist, **die Arbeiterorganisation niederzuringen**, geht daraus hervor, daß auch die Mitglieder derjenigen Verbände ausgesperrt wurden, die an den zuerst erhobenen Forderungen gar nicht beteiligt waren. **Der Verband christlicher Tabak- und Zigarrenarbeiter Deutschlands** ist auf diese Weise in den Kampf verwickelt worden und mit einem großen Bruchteil seiner gesamten Mitgliedschaft an der Aussperrung beteiligt. Die Dauer des Kampfes ist bei der schroff ablehnenden Haltung der Unternehmer nicht abzusehen.

Kollegen, Kolleginnen! Die übrigen Berufe können diesem schweren Kampf, der für die beteiligten Tabakarbeiter ein Kampf um Sein oder Nichtsein bedeutet, nicht gleichgültig oder interessenlos gegenüberstehen. Bei dem vorliegenden schweren Ringen der westfälischen Tabakarbeiter um einen berechtigten Anteil am Ertrag ihrer Arbeit handelt es sich um eine äußerst wichtige prinzipielle Angelegenheit, an der die ganze Arbeiterbewegung interessiert ist. **Die gesamte christlich-nationale Arbeiterschaft Deutschlands hat die Verpflichtung, ihre kämpfenden Brüder und Schwestern nach Kräften zu unterstützen.** Nicht nur durch Worte, sondern durch die **praktische Tat**. Zu diesem Zwecke wird hiermit eine

allgemeine freiwillige Sammlung

für die kämpfenden Tabakarbeiter in Westfalen ausgeschrieben. Kollegen und Kolleginnen! Hoffentlich wird Euer oft bewährte **Solidarität und Opferwilligkeit** auch diesmal nicht versagen, nicht vergebens an Euch appelliert werden! Es gilt einer der ärmsten und zum allergrößten Teile ohne jegliche Ursache brotlos gemachten Arbeitergruppe unter die Arme zu greifen, ihrer gerechten Sache zum Siege zu verhelfen. Darum steuere jeder sein Scherflein, soweit es in seinen Kräften steht. Keiner darf sich ausschließen.

Hoch die Solidarität der christlich-nationalen Arbeiterschaft!

Der Ausschuß des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands.

NB. Die Sammellisten sind inzwischen zum Versand gelangt. **Alle Geldsendungen** in dieser Sache sind zu richten an Adam Stegerwald, Köln-Rhein. Postfachschloß 157, oder Postcheckkontonummer 8185, Postcheckamt Köln. Jeder Geldsendung ist der Vermerk: **Freiwillige Sammlung für die Tabakarbeiter**, beizufügen.

Nachschrift der Redaktion: Wir dürfen wohl die Erwartung aussprechen, daß in allen Ortsgruppen die Sammlungen unverzüglich aufgenommen werden. Die Vorstände müssen die Vertrauensmänner und die übrigen zum Sammeln gewillten Kolleginnen und Kollegen sofort zusammenrufen, um mit ihnen die Lage zu besprechen, in der unser christlicher Bruderverband steht, und um die Sammlung systematisch zu gestalten. Es darf nicht, wie es bei früheren Gelegenheiten schon oft vorgekommen ist, ohne Plan und System darauf los gesammelt werden, jeder gerade dort, wo es ihm paßt oder gelegen ist. Das beeinträchtigt das Ergebnis sehr.

Nur eine planmäßige Sammlung kann den gewünschten Erfolg bringen.

Die Solidarität der Textilarbeiter wird sich dieses Mal wieder glänzend bekunden, wenn alle verantwortlichen Kollegen und Kolleginnen ihre Pflicht tun und die Sache in der richtigen Weise handhaben.

Darum Kolleginnen und Kollegen allerwärts, beteiligt Euch rege an den Sammlungen; Vorstandsmitglieder, organisiert die Sammlung in der richtigen Weise. Unser Verband darf später mit dem Ergebnis nicht hinter anderen gleich großen Verbänden zurückstehen.

Es lebe die Opferwilligkeit der christlichen Textilarbeiterschaft!

Schafft Haushaltungsbücher an!

Wir leben in einer Zeit der Teuerung. Viel ist über diese schon geredet und geschrieben worden. Vor allem gehen über Ursache und Umfang der Teuerung die Ansichten auseinander. Es hält schwer, in dem Labyrinth von Behauptungen und Ansichten sich zurechtzufinden und ein objektives Urteil zu gewinnen. Gerade jetzt macht sich der Mangel einer systematischen und zuverlässigen Preisstatistik doppelt fühlbar.

In dieser Zeit der Not dürfte wohl der Ruf: „Schafft Haushaltungsbücher an“, am ehesten gehört werden. Hätten unsere Arbeiter seit längerer Zeit solche geführt, dann hätten sie selbst jetzt den zuverlässigsten Gradmesser für den Umfang und die Tragweite der Teuerung. Ein solch unanfechtbares statistisches Material böte auch gute Dienste bei der Begründung der Forderungen an Staat und Kommune, in diesen Zeiten außerordentlicher Verhältnisse auch außerordentliche Maßnahmen zur Linderung derselben zu ergreifen. Ebenso ließen sich solche Haushaltungsbudgets bei unsern Eingaben um Teuerungszulagen sehr gut gebrauchen. Endlich gilt gerade heute für den Arbeiter mehr denn je das Wort: Sich nach der Decke strecken. Die Auslagen für nützliche Dinge müssen hinter jenen für notwendige und diese wieder hinter die Auslagen für unentbehrliche Bedarfsartikel zurücktreten. Vor allem sind die Auslagen für solche Artikel zu vermeiden, die sehr wohl ohne Beeinträchtigung der körperlichen und geistigen Kräfte entbehrt werden können. Zu einer solch zweckmäßigen und wirtschaftlichen Verwendung des Einkommens gehört aber vor allem eine ganz genaue Uebersicht über das Haushaltungsbudget.

Aber nicht nur jetzt, zur Zeit der Teuerung, ist die Führung von Haushaltungsbüchern von Bedeutung; nein, sie haben dauernden Wert. Sie sind zunächst ein ständig wirkendes Mittel der Erziehung zur Wirtschaftlichkeit. Durch sie könnten aber auch manche unsern Stande gegenüber noch bestehenden Vorurteile beseitigt werden. Wie oft begegnet man der Ansicht, dem Arbeiter gehe es ausgezeichnet, er habe keinen Grund zum Klagen. Oder, wie die „Arbeitgeber-Zeitung“ noch unlängst schrieb, die Restaurationen und Vergnügungstote, in denen der Arbeiter verkehre, finde man trotz Teuerung, Not und Verelendung Tag für Tag bis auf den letzten Pfad gefüllt, und man sehe, wie es sich auch vielföpfige Arbeiterfamilien beim warmen Abendbrot und beim Schoppen gemütlich täten. Den Leuten könnte durch die Haushaltungsbücher der Nachweis erbracht werden, daß trotz der im allgemeinen gestiegenen Lebenshaltung der deutschen Arbeiterschaft auch heute noch Tausende von Arbeiterfamilien wahre Kunststücke erfinderischer Wirtschaftlichkeit vollbringen, um die Auslagen mit den Einnahmen in Einklang zu bringen und sich recht und schlecht, ohne die Armenverwaltung in Anspruch zu nehmen, durchzuschlagen. Es würde sich zeigen, daß doch noch viele Familien — wie man zu sagen pflegt — nur von der Hand in den Mund leben, daß sie — ohne sich Ertragsanlagen zu erlauben — durch eine nur kurze Arbeitslosigkeit ihres Ernährers oder durch sonstige Schicksalsschläge leicht in äußerst schwierige Situationen geraten, unter Umständen sogar dem wirtschaftlichen Ruin anheimfallen können.

Weiter könnte dargelegt werden, daß doch in vielen Arbeiterfamilien ein gesundes wirtschaftliches Vorwärtsstreben zu finden ist, daß man nicht gedankenlos in den Tag hineinlebt, sondern besorgt ist, die eigene Existenz zu festigen, sicherzustellen, von den zur Verfügung stehenden bescheidenen Mitteln einen Notpfennig für die Tage der Krankheit und des Alters zurückzulegen, den Kindern eine wirtschaftlich und sozial gehobene Lebensstellung zu verschaffen. Gerade die hierfür gebrachten Opfer würden vielleicht für gar manche Arbeiterfamilie ein Ruhmesblatt bilden. Derartige Nachweise würden einen wirksamen Damm gegen die speziell von den Scharfmachern und sonstigen sozial rückwärtigen Leuten geäußerten geschürten arbeiterfeindlichen Stimmungen sein. Sie würden die Durchführung sozialer Reformbestrebungen fördern und erleichtern.

Haushaltungsbücher sind ferner geeignet, die gewerkschaftlichen Bestrebungen zur Erlangung besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu unterstützen. Nicht immer ist's böser Wille, wenn Arbeitgeber den Lohnforderungen ablehnend gegenübersehen. Manche Arbeitgeber hat eben gar keine Ahnung, wie schwer es ist, mit 3 bis 4 Mark pro Tag, oder noch weniger, eine Familie zu ernähren. Im Hand von Haushaltungsbudgets könnte da der zahlenmäßige Nachweis für die Berechtigung der gestellten Forderungen erbracht werden. Ein Vergleich dieser Arbeiterbudgets mit dem eigenen würde den Arbeitgeber vielleicht doch zugänglicher machen. Vor allem aber wäre es auch möglich, die Deutlichkeit über die tatsächliche Lage des Arbeiters aufzuklären und die öffentliche Meinung zugunsten der Arbeiter zu beeinflussen.

Haushaltungsbücher verkörpern endlich auch, wenn sie sorgfältig geführt werden, einen ideellen Wert. Sie können für Kinder wertvolle Gedankblätter werden. Diese würden erinnern an die Arbeitsamkeit und den Fleiß der Eltern; an deren Ringen und Streben, den Kindern eine gute Existenz, eine geordnete Zukunft

zu verschaffen. Mit einem Gefühl der Dankbarkeit und der Anerkennung und dem Entschluß, dem Beispiel der Eltern nachzugehen, würden diese all die Aufzeichnungen verfolgen, die dazum, wie manchen sauer verdienten Groschen die Eltern verwandten, um die Kinder zu tüchtigen, brauchbaren Gliedern der menschlichen Gesellschaft zu erziehen.

Wie soll nun ein Haushaltungsbudget geführt werden? Wünschenswert ist zunächst eine möglichst weitgehende Spezialisierung. Nebeneinnahmen, wie z. B. Naturalbezüge, Trinkgelder, Unterstüßungen und dergleichen müssen ebenso gut als solche gebucht werden, wie z. B. Auslagen für Alkohol, Vergnügungen, geistige Ausbildung, Gewerkschafts- und Klassenbeiträge usw. Nur so wird es möglich sein, einen genauen Uebersicht zu erhalten und eventl. auch am Ende des Monats zu sehen, wo — wenn nötig — am besten und zweckmäßigsten eine Einschränkung vorgenommen werden kann.

Weiter ist empfehlenswert, die eingekauften Waren genau zu bezeichnen und Maß, Gewicht oder Stückzahl genau anzugeben. Auf diese Weise lassen sich dann von Zeit zu Zeit bequem Vergleiche über die Preisgestaltung der einzelnen Artikel ziehen. Man denke sich diese Aufzeichnungen eine Reihe von Jahren durchgeführt, welche interessantes und wertvolles Material würden dieselben zu Tage fördern.

Zu Beginn des Monats hält man sich das nächste Blatt im Haushaltungsbuche frei, zur Aufzeichnung besonderer Vorkommnisse, die eine außergewöhnliche Verschiebung der Einnahmen oder Ausgaben herbeiführen könnten, z. B. Lohnhöhung, Erbschaft, Lotteriegewinn oder Familienereignisse (Geburten, Todesfälle), Krankheit, Arbeitslosigkeit, Lohnreduktionen und dergleichen. Am Ende des Monats und des Jahres hat eine Zusammenstellung der Einnahmen und Ausgaben zu erfolgen. Die letzteren sind ungefähr in folgende Rubriken zu registrieren: Brot, Fleisch, Milch, Gemüse, Kartoffeln, Obst, Spezereien, Bekleidung, Neuankäufe, Licht und Heizung, Steuern, Gewerkschafts- und sonstige Klassenbeiträge, Alkohol und Vergnügen, geistige Fortbildung, unvorhergesehene Ereignisse (Krankheit, Todesfälle und dergleichen), Verschiedenes.

Nach diesen Darlegungen möchten wir den Wunsch aussprechen, daß die Einführung von Haushaltungsbüchern auch in den Kreisen unserer Mitglieder mehr und mehr erfolgen möchte. Vor allem sollten an jedem Orte wenigstens eine Anzahl unserer Mitglieder diesem Wunsche Folge leisten. Vielleicht nehmen unsere Vorstände sich mal um diese Frage an. Hierbei wären Familien von verschiedener Stärke und Arbeiter der verschiedensten am Orte vertretenen Berufsgruppen zu berücksichtigen. Diese Haushaltungsbücher von einer großen Anzahl unserer Mitglieder systematisch geführt, ergäben nicht nur für die betreffenden Arbeiter selbst, sondern auch für unsern Verband ein ausgezeichnetes Material. Die aufgewandte Mühe und Arbeit würde sich hundertfach lohnen.

Wirtschafts-politische Strömungen im Arbeitgeberlager der Textilindustrie.

Der „Verband deutscher Baumwollgarnverbraucher“, die wirtschaftspolitische Organisation zahlreicher deutscher Baumwollwebereibesitzer, die seit September 1904 dem Zentralverbande deutscher Industrieller als korporatives Mitglied angehört, hat vor mehreren Wochen ihr Verhältnis mit diesem Verbande geklärt und ihren Austritt vollzogen. Der „Verband deutscher Baumwollgarnverbraucher“ ist damit dem Beispiele vieler anderer Gruppen der weiterverarbeitenden Textilindustrie gefolgt, die im Laufe des Jahres dem Zentralverbande die Gefolgschaft aufkündigten.

Diese Vorkommnisse weisen bereits hin auf die Kämpfe, die in der Textilindustrie bei der zukünftigen Gestaltung des neuen Zolltarifs zwischen Spinnereien einerseits und Webereien und die veredelnden Branchen andererseits entzünden werden oder bereits im Gange sind. Für die Webereien handelt es sich anscheinend nicht bloß darum, eine vom Zentralverbande deutscher Industrieller betriebene Erhöhung der Garnzölle abzuwehren oder die Herabsetzung des Garnzolles auf einzelne Arten zu erreichen, ihr zollpolitisches Bestreben scheint weiter zu gehen. Sie nehmen an, daß der Zentralverband als Vertreter der Spinnereien und der übr. Schwerindustrie sich mit den Großbauern verbindet, um sich gegenseitig die Karten in die Hände zu spielen. Tritt der eine für höhere Zölle auf industrielle Halbfabrikate ein, so der andere für eine Erhöhung der landwirtschaftlichen Schutzzölle. Die Webereien wenden sich hiergegen nun mit aller Entschiedenheit, und zwar auch nach unserer Uebersetzung mit vollem Rechte. Eine Erhöhung der landwirtschaftlichen Zölle würde auch die Interessen der Textilarbeiterschaft schwer schädigen. Wir glauben auch, daß an eine Erhöhung der Zölle für die Landwirtschaft gar nicht zu denken ist, daß weder in der Regierung Stimmung, noch unter den Parteien eine Mehrheit dafür vorhanden sein würde.

Die Webereien gehen aber weiter. Sie wollen die jetzigen landwirtschaftlichen Zölle nicht als Mindest-, sondern als Höchstzölle festgesetzt wissen, damit es unseren Regierungsvertretern in den Verhandlungen mit

auswärtigen Staaten um Abschließung von Handelsverträgen möglich ist, als Kompensation für möglichst niedrige ausländische Industriezölle evtl. eine Herabsetzung der landwirtschaftlichen Zölle anzubieten. So erhoffen unsere Webereibesitzer eine Erleichterung ihres Ausfuhrgeschäftes. Wieweit diese Erwägungen richtig sind, ist eine Frage erster handelspolitischer Betrachtung, die auch für die Textilarbeiter von großer Bedeutung ist. Wir werden, wenn sich die Frage mehr geklärt hat, nicht verfehlen, auch dazu Stellung zu nehmen.

Das sind die Gegensätze, die heute schon in den Organisationen der Textilunternehmer durch Absplittierungen und Neubildungen zum Ausdruck kommen, die jedoch niemals ganz zurückgehalten werden konnten, auch da nicht, als Spinnereien und Webereien gemeinsam dem „Zentralverbande deutscher Industrieller“ angehörten. Es war eigentlich eine „unnatürliche Ehe“, die beide da miteinander eingegangen waren. Wirtschaftsorganisationen können sich nur dann zusammenhalten, wenn in ihr alle Gruppen einem Ziel nachstreben und die wirtschaftlichen Interessen im großen und ganzen doch über einen Kamm geschoren sind. Das war hier gar nicht der Fall.

Der „Verband deutscher Baumwollgarnverbraucher“ ist im Jahre 1898 als Gegenwehr gegründet worden gegen die namentlich von Elsaß ausgehenden Bestrebungen zur Erhöhung der Garnzölle namentlich für feinere Nummern, die die nachdrücklichste Unterstützung des Zentralverbandes deutscher Industrieller fanden. Der Verband der Baumwollgarnverbraucher stützte sich in seiner Abwehr auf den zahlenmäßigen Nachweis, daß die Feinspinnerei sich in Deutschland trotz des Zollschutzes nur in ganz ungenügender Weise entwickelt habe, daß aus Gründen technischer Natur das deutsche Feingarn nie dem englischen gleichkommen könne und daß die deutschen Garnverbraucher demnach zu einem großen Teil dauernd auf den Bezug von englischen Garnen angewiesen seien. Für die größeren Garnnummern seien die deutschen Spinnereien derart leistungsfähig, daß eine Konkurrenz des Auslandes unmöglich zu befürchten und daher eine Erhaltung der Zölle in ihrer bisherigen Höhe gänzlich unmotiviert sei.

Obwohl der Zentralverband deutscher Industrieller einen langen und starken Arm hat, der schon so oft wehrhaft in die Regierungsmaschine eingegriffen hat, unterlag er dieses Mal. Der Zolltarif vom Jahre 1902 fiel im allgemeinen so aus, daß die Webereien im großen und ganzen damit zufrieden waren.

Als nach der Verabschiedung des Zolltarifes die Hitze des Gefechtes einer kühleren Ruhe wich, bahnten sich nach und nach zwischen dem Zentralverbande deutscher Industrieller und dem Verbands deutscher Baumwollgarnverbraucher freundschaftliche Beziehungen an, die zu einem Anschluß dieser Organisation an den Zentralverband im September des Jahres 1904 führten. Grund hierzu waren Erwägungen verschiedener Natur. Der große Kampf der Grimmitzhauser Textilarbeiter für den Beihilfestudententag im Herbst des Jahres 1903 war für die Unternehmer der Alarmruf zur Organisierung. Namentlich vom Zentralverbande deutscher Industrieller wurden die Zusammenschlußbestrebungen der Unternehmer mit aller Energie geführt. Das brachte auch die streitenden Parteien in der Textilindustrie zusammen. Ferner kam für die Webereien noch der Gedanke hinzu, dem bis jetzt im Zentralverbande vorhandenen einseitigen Einfluß der Spinnereien durch einen Anschluß der Webereien zu begegnen. Ferner hatten Spinnerei und Weberei Veranlassung, einig vorzugehen gegen die Spekulation, die in der amerikanischen Baumwolle getrieben wurde. Nun lagen aber die Garnverbraucher, daß sie vom Zentralverbande nicht immer als gleichberechtigtes Verbandsmitglied behandelt und wiederholt von ihm in ungeschöner Weise über's Ohr gehauen worden seien. Als im Jahre 1905 auf Betreiben der schlesischen Textilindustriellen eine Agitation dafür entfaltet wurde, es möchten die Zollzölle von 1902 nicht als unbedingt feststehend angesehen werden, damit dieselben bei Erneuerung von Handelsbeziehungen mit verschiedenen Vertragsstaaten auf dem Wege autonomer Gesetzgebung erhöht werden könnten, griff der Zentralverband deutscher Industrieller den Gedanken auf und forderte u. a. in einer Eingabe an die gesetzgebenden Körperschaften vom Febr. 1906 die Erhöhung der Zölle auf größere Garne und einige andere Positionen. Die Baumwollgarnverbraucher unterschrieben mit, aber nach ausdrücklicher Bemerkung nur im Interesse der Wigogne-spinnerei.

„Seider ist dieses selbstlose Verhalten“, so sagt die „Zeitschrift für die gesamte Textilindustrie“, „von der deutschen Spinnerei schlecht belohnt worden, denn sie hat dem Verband aus seiner Mitunterzeichnung dieser Eingabe den Vorwurf gemacht, er habe nachträglich die Zollherabsetzung auf grobe Baumwollgarne, wie sie in dem Zolltarif von 1902 zum Ausdruck gelangten, nicht gebilligt und habe dies nachträglich wieder gut machen wollen. Daß diese Auffassung eine total irrige ist, muß auch an dieser Stelle scharf betont werden.“

In manchen Fragen gingen Spinnereien und Webereien im Zentralverbande getreulich nebeneinander: in der Abwehr gegen die Gewerkschaftsbewegung der Arbeiter ohne Unterschied der Richtungen, in dem Jammern über die „Belastung“ der deutschen Industrie durch die soziale Gesetzgebung usw. In der Reichsversicherungsordnung jedoch wollten die Weber das von den Spinnern und dem Zentralverbande geforderte Opfer nicht bringen, in Zukunft in der Krankenversicherung die Hälfte der Beiträge zu zahlen, um die Hälfte des Stimmrechts zu bekommen. 1907 kam auf Arbeit des Zentralverbandes zwischen Spinnern und Webern und einigen Händlern und der Konfektion die sogenannte Streik Klausel zustande, die bestimmt, daß bei Streiks und Ausperrungen die Versicherungsbeiträge für die Dauer der Kämpfe hinaufgeschoben werden.

Hat in diesen Fragen unter den „feindlichen Brüdern“ stets ziemliche Einmütigkeit geherrscht, so drohte das

Verhältnis bei Fragen rein handelspolitischer Natur immer in die Brüche zu gehen. So kam es zu einem offenen Bruch, als der Zentralverband deutscher Industrieller bzw. sein Leiter Bued eine Propaganda gegen den von dem Bunde der Industriellen verfolgten Pläne der Einrichtung einer deutschen Handelsstelle im Ausland führte. Gerade die Webereien waren an dem Zustandekommen einer solchen Handelsstelle lebhaft interessiert. — Ende vorigen Jahres schwebte zwischen Spinnern und Webern die Frage, gemeinsam Normen für einen Garnkontrakt aufzustellen. Spinnereien und Garnverbraucher waren zu einer Sitzung nach Berlin eingeladen worden. Die Spinnerverbände hatten ihr Erscheinen zugesagt. Der Zentralverband lud infolge einer Anregung aus Mitgliederkreisen zu einer Vorbesprechung auf den 6. Dezember ein, kurz vorher jedoch wurde diese Vorbesprechung abgesagt, mit der Begründung, daß die Spinnerverbände, die an demselben Tage eine Stunde vorher zusammentreten sollten, die Zeit von einer Stunde als zu kurz für eine Klärung der Ansichten bezeichneten. Die Besprechung der Spinner fand beiseitegesehen statt und führte zu dem Beschluß, daß die Spinnerverbände der Konferenz am nächsten Tage fernblieben.

So wurden die Garnverbraucher von den Spinnereien an der Nase herumgeführt und konnten unverrichteter Sache wieder nach Hause reisen. Den letzten Stoß scheint der Austritt des Zentralverbandes aus dem Hansabund gegeben zu haben.

„Der Zentralverband“, so heißt es in einem Artikel der schon genannten Zeitschrift, „hat auch in dieser Interessengemeinschaft eine Herrenrolle spielen wollen, die ihm den maßgebenden Einfluß gewährte, und als er sah, daß er damit nicht durchdrang, ließ er es zum Bruch kommen. Jeder, der die Entwicklung dieser Angelegenheit verfolgt hat, muß den Eindruck gewinnen, daß der Bruch zwischen den Herren Nießer und Nötger, d. h. in diesem Falle der Bruch zwischen Zentralverband und Hansabund, von langer Hand vorbereitet worden war.“

Ganz entschieden wenden sich die Webereien gegen den Vorwurf, sie seien freihändlerisch.

„Ganz falsch wäre es, diesen Vorwurf auch gegen die Textilweberei und den Verband deutscher Baumwollgarnverbraucher zu erheben. Freihändler gibt es heute nur noch in der Theorie, jedermann weiß, daß die Grundlage unserer Wirtschaftspolitik ein System von mäßigen Schutzzöllen ist. Was aber der Verband mit aller Entschiedenheit verlangt, das ist, daß bei der Bemessung dieser Zölle nach beiden Seiten hin abgewogen wird, wenn sie schaden und wenn sie nützen, daß aber ausschließlich stets das Interesse des quantitativ und qualitativ überragenden Industriezweiges ist. Wie er auf der einen Seite dafür eintritt, daß die Garnzölle so niedrig gehalten werden, daß es den Spinnern möglich ist, die Preise des ausländischen Garnes mit Einschluß des Zolles mit lohnendem Gewinn zu unterbieten, und wie er dafür eintritt, daß der garnverbrauchenden Industrie die Konkurrenz mit dem Ausland auf dem Weltmarkt ermöglicht und erleichtert wird, so tritt er andererseits auch für den Schutz der heimischen Industrie gegen die Einfuhr ausländischer Fabrikate ein. Diese seine Anschauungen unterscheiden sich nicht grundlegend von denen des Zentralverbandes, aber der Zentralverband handelt infolge gegen das Interesse nicht nur der garnverbrauchenden Industrie, sondern der Textilindustrie überhaupt, als er durch die Begünstigung der Montan- und Eisenindustrie und des mit dieser in engem wirtschaftspolitischen Zusammenhang stehenden Agrarierturns ihr die Rohstoffe und Löhne verteuert. Daß diese einseitige Begünstigung der schweren Industrie keine leere Behauptung ist, hat die Sezession aus dem Hansabund, die eben nur von dieser mitgemacht worden ist, klar und deutlich gezeigt.“

Der Verband deutscher Baumwollgarnverbraucher schließt sich dem „Bunde der Industriellen“ und damit dem „Hansabund“ an. Dieser treibt auch die Zerschmetterungsarbeit, wie sie in dem Austritte der Baumwollgarnverbraucher aus dem Zentralverbande zum Ausdruck kommt. Ob der Verband deutscher Baumwollgarnverbraucher damit klug tut, ist eine andere Frage. Er stützt sich auf den Hansabund, auf eine mindestens zweifelhafte Macht.

Gewerkschaftlich und sozialpolitisch haben diese Vorgänge wohl keine größere Bedeutung, wohl aber sind es Vorplänkereien zu den Kämpfen, die um die künftige Gestaltung unseres Sozialwesens ausgetragen werden müssen. Und inwieweit muß auch die Arbeiterschaft über die Vorkommnisse im Unternehmerrager orientiert sein.

Arbeiterin und Invalidenversicherung.

Um der Hinterbliebenenversicherung einen bestimmten und dauernden Stand zu schaffen, um die Gesamtleistungen für immer zu ermöglichen, ist mit dem jetzigen Beitragssystem in der Invalidenversicherung aufgeräumt worden. Die neuen Beitragklassen für die Invalidenversicherung sind folgendermaßen geordnet:

Jahreseinkommen	Klasse	Wochenbeitrag
Bis 350 Mark	I	16 Pfennig
Von 351—550 „	II	24 „
„ 551—850 „	III	32 „
„ 851—1150 „	IV	40 „
Von 1150 M. an	V	48 „

Die Erhöhung der Wochenbeiträge tritt mit dem 1. Januar 1912 in Kraft. Es ist aber hierbei noch besonders zu beachten, daß die Leistungen der Versicherung bezüglich der Hinterbliebenenrenten sich ebenfalls steigern. Um dies recht deutlich zu erkennen, wollen wir die Witwen- und Waisenrente kennen lernen in ihrer Höhe, wie sie nach fünf Jahren sind:

Klasse	Beitragswochen nach dem 1. 1. 1912	Witwenrente	Waisenrente für Kinder				
			ein	zwei	drei	vier	fünf
I	250	70,80	35,40	62,40	88,80	115,20	141,60
II	250	75,60	37,80	65,40	92,40	119,40	146,40
III	250	80,40	40,20	67,80	95,40	123,00	150,00
IV	250	84,60	42,60	70,20	98,40	126,00	154,20
V	250	89,40	45,00	73,20	101,40	129,60	157,80

Nach zehn Beitragsjahren oder 500 Beitragswochen beläuft sich die Berechnung wie folgt:

Beitragswochen nach dem 1. 1. 1912	Witwenrente	Waisenrente für Kinder				
		ein	zwei	drei	vier	fünf
500	72,60	36,60	63,60	90,00	117,00	144,00
500	80,40	40,20	67,80	95,40	123,00	150,00
500	86,40	43,20	71,40	99,00	127,20	155,40
500	92,40	46,20	75,00	103,20	132,00	160,20
500	98,40	49,20	78,00	107,40	136,20	165,00

Nach dieser Aufstellung kann jede Arbeiterin sehr wohl berechnen, wieviel der Gesamtjahresbezug für eine invalide Witwe mit ein, zwei bis fünf Kindern ausmacht. Es gibt hier aber etwas besonderes zu betonen: Die Witwen- und Waisenrenten sind nicht von einander abhängig. Es wird Fälle geben, wo nur die invalide Witwe Rente bezieht, wenn sie keine Kinder hat oder schon erwachsene. Sind die Kinder der invaliden Witwe noch unter 15 Jahren, so erhalten Mutter und Kinder Rente. Und ist die Witwe selbst noch arbeitsfähig, so sind nur die Kinder berechtigt zum Bezug der Waisenrente. Es wird unter uns Arbeiterinnen wohl keine sein, die unter der Waisenrente eine unerwünschte Zugabe zum Verdienst der Mutter sieht, im Gegenteil, die mit der Zeit nicht unbedeutenden Summen sind in solchen Fällen wohl zu gebrauchen.

Man nehme nun an, es stirbt ein Familienvater, ohne eine invalide Witwe oder Kinder unter fünfzehn Jahren zu hinterlassen. Die Hinterbliebenenversicherung käme folglich gar nicht in Betracht. Hätte nun der Mann seine Beiträge umsonst geleistet?

Früher wurde bekanntlich beim Todesfall eines Versicherten ein Teil der Beiträge zurückerstattet, — auch bei der Verheiratung einer Versicherten. Heute ist dies aber nicht mehr der Fall. Dafür wurde aber eine andere Neuerung geschaffen, nämlich das Witwengeld. Dieses ist eine einmalige Zuwendung an die Witwe und zwar in der Höhe der ihr im Falle der Invalidität zustehenden Rente. Wenn z. B. in den Tabellen die Witwenrente mit 68,40 M. in der I. Lohnklasse und mit 80,40 M. in der V. Lohnklasse verzeichnet sind, so beträgt auch das Witwengeld das Gleiche. Bei einer Rückerstattung der Beiträge kamen höchstens 30 bis 60 M. in Frage — das Witwengeld übersteigt diese Summe auf alle Fälle, ja sogar in den höheren Klassen sehr beträchtlich.

Zum Bezug des Witwengeldes ist aber, wohlgemerkt, nur die Witwe berechtigt, die 1. selbst versichert ist, 2. die Wartezeit für die Invalidenrente erfüllt und 3. die Anwartschaft auf Rente aufrecht erhalten hat. Außerdem weisen wir noch nachdrücklich darauf hin, daß das Witwengeld nur auf Antrag der Berechtigten gewährt wird; der Anspruch darauf verfällt, wenn er nicht innerhalb eines Jahres nach dem Tode des Versicherten gestellt wird. Dies also zur besonderen Beachtung.

Die letzte Neuerung ist die Waisenaussteuer. Dieselbe wird unter denselben Voraussetzungen gewährt, wie das Witwengeld, das heißt, die Witwe muß selbst versichert sein. Sofern also die verwitwete Arbeiterin Kinder unter 15 Jahren hat, erhalten diese bis zur Vollendung dieses Alters Waisenrente; und wenn die Witwe die gewöhnlichen Bedingungen erfüllt hat, erhalten die Kinder bei Vollendung ihres 15. Lebensjahres noch eine Schlussabfindung als Waisenaussteuer. Diese beträgt in jedem Falle den achtfachen Monatsbetrag der Waisenrente. Je nach der Beitragsklasse und der Höhe der Rente ist auch die Waisenaussteuer der Steigerung fähig. Die Unterschiede wollen wir gleich an Hand einer Berechnung anführen. Demnach beträgt die Waisenaussteuer in

Lohnklasse	Waisenrente		Beitragswochen nach dem 1. 1. 1912	Waisenaussteuer		Waisenrente	Waisenaussteuer	
	aus. Heuer	Waisenrente-jah		aus. Heuer	Waisenrente-jah			
I	22,80	34,20	250	23,60	35,40	500	24,40	36,60
II	24,00	36,00	250	25,20	37,80	500	26,80	40,20
III	24,80	37,20	250	26,80	40,20	500	28,80	43,20
IV	26,00	39,00	250	28,40	42,60	500	30,80	46,20
V	26,80	40,20	250	30,00	45,00	500	32,80	49,20

Diese Schlussabfindung ist somit zwar nicht sehr bedeutend, aber jedenfalls doch nicht zu unterschätzen. Wissenswert ist auch die Bestimmung des Gesetzes, daß Witwengeld und Waisenaussteuer nicht gepfändet werden dürfen.

Die allgemeinen Vorschriften über Hinterbliebenenrente besagen noch, daß dieselben mit dem Todestage des Ernährers beginnen. So ein Versicherter elternlose Enkel unter 15 Jahren hinterläßt, deren Unterhalt er ganz oder überwiegend bestritten hat, so steht auch solchen Kindern die Waisenrente zu. In solchen Fällen, wo die Ehefrau die alleinige Ernährerin der Familie ist, erhält nach deren Todesfall der Mann die Witwenrente, falls er invalide ist, und die Kinder die zuständige Rente. Bemerkenswert ist noch das eine, daß im Falle des Ablebens eines Antragstellers — auf Witwenrente oder Witwengeld — zur Fortsetzung des Verfahrens und zum Bezuge der bis zum Todestage fälligen Beträge die Angehörigen des Antragstellers berechtigt sind, vorab der Ehegatte, die Kinder, der Vater oder die Mutter, sowie die Geschwister, sofern sie mit dem Berechtigten in häuslicher Gemeinschaft gelebt haben.

Aus der Arbeiterbewegung.

Zur Tabakarbeiteraussperrung in Norddeutschland. Wie wir bereits berichtet haben, ist in der norddeutschen Zigarrenindustrie ein umfangreicher Kampf ausgebrochen. Beinahe 5 Wochen sind in Westfalen ungefähr 10000 Zigarrenarbeiter ausgesperrt. Durch den Zusammenhang der westfälischen mit der niederelbischen Tabakindustrie, hat die Aussperrung auf dieses Gebiet übergegriffen, so daß zur Stunde etwa 15000 Tabakarbeiter auf der Straße stehen. In Anbetracht der besonderen Verhältnisse in der Tabakindustrie kann man also von einem gewaltigen Kampfe sprechen.

Die große Aussperrung wirkt ein eigenartiges Licht auf die Zigarrenfabrikanten, die nach der Reichsfinanzreform alles getan haben, um die neue Belastung auf die Raucher abzuwälzen. Dagegen ist ja an sich nichts zu erinnern, wenn sie nicht fortgesetzt geklagt hätten, ihre Position gerade auch bei der geringsten Lohnerhöhung ins Wanken. Es ist auch noch zu bemerken, daß die Fabrikanten an der vor der Steuer geleisteten Ueberproduktion schon im voraus einen gewissen Ausgleich für die nachfolgende flauere Zeit gehabt haben. Die Arbeiter freilich sind nicht nur nicht berücksichtigt worden, sie haben zum Teil noch unter Lohnabzügen gelitten. Nun, da diese Arbeiter, deren berufsgenossenschaftlich festgestellter Durchschnittsverdienst im Jahre 1910 in Westfalen ganze 2,16 Mark betrug, eine geringe Lohnerhöhung fordern, leisten sich dieselben Fabrikanten, die morgen wieder über ihre schlechte Lage klagen werden, eine Aussperrung, die sie Hunderttausende kostet. Hätte man da nicht besser den gedrückten Tabakarbeitern eine geringe Erhöhung ihres Einkommens zulassen können.

Auch das bisherige Verhalten der Fabrikanten bei der Aussperrung ist recht eigenartig. Am 25. September wurde der Aussperrungsbeschluß gefaßt. Am 28. sollten die in Lohnbewegung stehenden Arbeiter ihre Forderungen zurückgezogen haben. Dabei wurde der Beschluß nicht einmal brieflich übermittelt, sondern lediglich in der Presse bekanntgegeben. Es fanden dann Verhandlungen statt. Die Arbeitervertreter gedachten die Verhandlungen nur darüber zu führen, wie in den 12 Betrieben, in denen Forderungen gestellt waren, eine Einigung erzielt werden könne. Der Vertreter des Fabrikantenverbandes betonte mehrmals, daß eine Verständigung, die ihm sehr am Herzen liege, wohl kaum anders zu erzielen sei, als daß eine Verbesserung für alle an der Aussperrung beteiligten Arbeiter eintrete, weil sonst die nötige Ruhe nicht eintrete. Diesen Standpunkt vertrat er auch noch in einer zweiten Sitzung, nachdem kurz zuvor eine Vorstandssitzung des Fabrikantenverbandes abgehalten worden war. Es wurden gemeinsam Einigungsvorschläge ausgearbeitet, die von den Einwohnern und Wintern des Arbeitgeberverbandes entsprechend gestaltet wurden. Nun hat der Vorstand des Fabrikantenverbandes am 4. November diese Einigungsvorschläge abgelehnt. Das läßt auf eine recht eigentümliche Taktik schließen, nach dem, was oben über die Mitwirkung des Geschäftsführers an diesen Vorschlägen gesagt ist. Man kann doch kaum annehmen, daß dieser ohne Auftrag gehandelt hat. Das umso weniger, als, wie gesagt eine Vorstandssitzung sich mit der Angelegenheit beschäftigt hatte. Die Verhandlungen sind nunmehr ins Stocken geraten und ein Ende des Kampfes ist noch nicht abzusehen. Es wurde bereits von einer Aussperrung über ganz Deutschland gesprochen.

Die Tabakarbeiter bringen für diesen Kampf große Opfer. Selbst die Ausgesperrten leisten von ihrer Unterstützung einen namhaften Beitrag. Bei der großen Zahl von Mitgliedern des christlichen Tabakarbeiterverbandes, die sich in der Aussperrung befinden, ist dieser auf die Solidarität der gesamten christlich-nationalen Arbeiterschaft angewiesen. Wir sind überzeugt, daß jeder für die am geringsten entlohnte Arbeiterschaft gerne ein Opfer bringen wird, um diesen den Arbeitern und deren Organisationen aufgezwungenen Kampf erfolgreich beenden zu helfen.

Weihnachtsfeiern in unseren Ortsgruppen. In einigen Wochen ist Weihnachten. In manchen Ortsgruppen ist man bereits mit den Vorbereitungen für eine Weihnachtsfeier im Gange. Wir halten es nun für notwendig, auf Grund vieler Erfahrungen, die wir gemacht haben, dazu einige Worte zu sagen.

Zunächst folgendes: Es brauchen nicht alle Ortsgruppen Weihnachtsfeiern abzuhalten. Dort, wo ein Gewerkschaftskartell besteht, übernimmt dieses die Feier besser. Wo aber der größte Teil der Mitglieder einem konfessionellen Arbeitervereine angehört, ist in den meisten Fällen eine besondere Weihnachtsfeier der Gewerkschaften überflüssig. Wir sind doch heute im allgemeinen über die Zeit hinaus, wo man solche Feiern brauchte, um auf die Mitglieder oder deren Frauen einzuwirken. Dazu stehen uns genug andere Mittel oder Veranstaltungen zur Verfügung, als gerade eine Weihnachtsfeier.

Wenn eine Weihnachtsfeier absolut stattfinden soll, dann Sorge man, daß man nicht mit den konfessionellen Vereinen kollidiert. Man verständige sich über den Tag der Veranstaltung.

Vor allem aber muß jede Veranstaltung in unserem Verbandszweck untergeordnet sein: Erziehung und Bildung unserer Mitglieder und deren Angehörigen. In der Hinsicht mangelt es bei manchen Veranstaltungen noch recht sehr. Es sollten sich die Ortsgruppen Mühe geben, nur Gutes und Bedeutsames zu bieten, selbstverständlich, soweit es ihre Kräfte nicht

überhaupt. Aber es läßt sich auch mit wenigen Mitteln etwas Gutes erzielen. Vor allem ist es unstatthaft und der Würde des Festes unpassend, daß bei Weihnachtsfeiern Tanz abgehalten wird. Das ist unter allen Umständen zu vermeiden. Zunächst paßt sich das durchaus nicht, und dann verziehen wir dadurch unsere Mitglieder und schaffen uns schließlich noch Gegner bei tiefer denkenden Arbeitern oder verschärzen uns die Gunst einflussreicher Kreise außerhalb des Arbeiterstandes.

Doch am ersten Tage des Weihnachtsfestes keine Verbandsfestlichkeiten veranstaltet werden dürfen, brauchen wir wohl nicht erst zu betonen, man vermeide aber auch, wenn es eben möglich ist, den zweiten Weihnachtstag. Schon mit Rücksicht auf die Beamten, die die übliche Festrede halten sollen. Sie sind durchweg während der ganzen Dauer des Jahres Sonntag für Sonntag auswärts in Versammlungen, man lasse ihnen dann wenigstens das Weihnachtsfest ganz, das doch mehr wie jedes andere Fest dem stillen, innigen Familienleben gewidmet ist. Darauf nehme man Rücksicht.

Wir sind der festen Überzeugung, daß bei einer gediegenen Weihnachtsfeier, die von Arbeitervereinen und Gewerkschaften gemeinschaftlich veranstaltet wäre, bei entsprechender Ausnutzung für unsere Bewegung mehr herauskommen würde, als es bei zahlreichen Feierlichkeiten der Fall ist, die unsere Ortsgruppen veranstalten.

Bildungsarbeit in den Gewerkschaften. Wir haben in letzter Zeit verschiedentlich die Notwendigkeit der geistigen Fortbildung unserer Mitglieder betont. Unsere Vorstände haben auch eine ganze Reihe von Anregungen darüber erhalten, wie diese Erziehungs- und Bildungsarbeit zu erfolgen hat. Heute möchten wir mit einer neuen Anregung dienen, einer Anregung, die von einem unserer Bezirksbeamten bereits früher schon mit gutem Erfolg praktisch verwirklicht wurde und die neuerdings auch im „Korrespondenzblatt“ der Generalkommission der „freien“ Gewerkschaften einen warmen Verteidiger findet. Es handelt sich um die Ausnutzung von Arbeitslosigkeit und Streiks zu Bildungszwecken.

Fast in jedem Beruf haben wir entweder zu Krisenzeiten oder, wie in Saisonberufen, periodisch mit einer kleineren oder größeren Anzahl von Arbeitslosen zu rechnen. Arbeitslosigkeit aber hat bekanntlich für die von ihr Betroffenen nicht nur wirtschaftliche Schäden zur Folge, sie birgt auch nicht zu unterschätzende moralische Gefahren in sich. Eine desto schönere Aufgabe für die Gewerkschaften, einmal durch die eingeführte Arbeitslosenunterstützung den materiellen, dann aber auch durch geeignet erscheinende Mittel auch den moralischen Schäden der Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken. Das kann geschehen dadurch, daß man die Arbeitslosen von Zeit zu Zeit zusammennimmt und ihnen kurze belehrende Vorträge gewerkschaftlicher und allgemein bildender Natur hält. Ist eine Kontrolle der Arbeitslosen vorzuziehen — und das ist im Falle der Gewährung von Arbeitslosenunterstützung

ja immer der Fall — so wird diese am besten auf eine bestimmte Stunde verlegt und ein event. Vortrag mit der Kontrolle verbunden. Aber auch, wenn eine solche nicht stattfindet, können die Arbeitslosen hier und da zusammenberufen und ihnen Vorträge gehalten werden. Naturgemäß wird das nur dort möglich sein, wo zeitweise eine entsprechende Zahl von Arbeitslosen vorhanden und auch die geeigneten Kräfte zur Uebernahme von Vorträgen aufzutreiben sind. Es ist dies ein Gedanke, der speziell von den Gewerkschaftsstellen mit größeren Mitgliedsziffern mal ausgeführt und auf seine Durchführbarkeit geprüft werden sollte.

Ähnlich könnte auch verfahren werden bei Streiks und Aussperrungen. Wir meinen, eine günstigere Gelegenheit als der Erziehung und Schulung weiter Arbeiterkreise zu arbeiten, wie in solchen Zeiten wirtschaftlicher Kämpfe, kann bald nicht mehr geben. Zunächst ist es in solchen Fällen am leichtesten möglich, die Arbeiter zusammenzubekommen; sie müssen sich ja ohnehin täglich zur Kontrolle melden. Dann aber ist der Arbeiter, weil er ja nicht seiner gewohnten Beschäftigung nachzugehen braucht, geistig freischer und damit aufnahmefähiger. In den meisten Fällen wird es bei wirtschaftlichen Kämpfen auch möglich sein, Kräfte zur Uebernahme der Vorträge zu gewinnen. Event. müßten die Zentralstellen für Entsendung solcher Sorge tragen. Die aufgewandten Kosten würden sich lohnen.

Endlich dürfte es sowohl bezüglich der Arbeitslosen als auch der Streikenden angebracht sein, dieselben auf unsere Bibliotheken aufmerksam zu machen und sie anzuhalten, diese Zeit der Beschäftigungslosigkeit durch Erweiterung ihres Wissens recht nutzbringend zu verwerten. Unsere gesamte Bewegung würde durch derartige Maßnahmen zweifellos eine wesentliche innere Befähigung erfahren.

Buchdruckereibesitzer über die Zulassung des Gutenbergbundes. In Köln waren am 28. Oktober 120 Vertreter von tariftreuen Buchdruckereibesitzern aus Rheinland und Westfalen zusammen, um zu dem Ergebnis der letzten Tarifverhandlungen Stellung zu nehmen. Dabei kam auch die Frage der Zulassung des Gutenbergbundes als gleichberechtigtes Vertragsmitglied zu den Tarifinstanzen zur Sprache, worüber es in einer längeren Resolution u. a. heißt:

„Auf das lebhafteste beklagen die Versammelten, daß es ferner bei den diesmaligen Tarifberatungen nicht erreicht wurde, einer in der Minderheit befindlichen tariftreuen Gehülfsen-Organisation endlich die ihr nach Recht und Billigkeit zustehende Vertretung in den Tarifinstanzen zu verschaffen, während der Mehrheits-Gehülfsenorganisation eine solche Vertretung in allen tariflichen Behörden monopolartig eingeräumt ist.“

Die Versammelten müssen es aus vorstehenden Gründen auf das tiefste bedauern, daß die Gesamtheit der Prinzipalvertreter den Forderungen der Gehülfsenschaft nicht energischer widerstanden hat. Sie können sich des Eindrucks nicht erwehren, daß man sich auch diesmal bei

Fassung der Beschlüsse zu sehr von der Rücksichtnahme auf die Verhältnisse und Bedürfnisse der Groß-Druckstätten hat leiten lassen.“

Dieser Standpunkt der rheinisch-westfälischen Druckereibesitzer ist ja erfreulich. Doch bleibt es hoffentlich nicht bei dieser Resolution; es müßte auch an der richtigen Stelle gehandelt werden. Dem Buchdruckerverband aber kann seine Machtpolitik doch noch recht unangenehm werden.

Die größte innerpolitische Tat. In unserer deutschen Arbeiterversicherung lassen die deutschen Genossen kein gutes Haar. Eine „Wettelsuppenpolitik um einige Hungergroßen“ bezeichnete jüngst noch ein sozialdemokratisches Parteiblatt die deutsche Sozialpolitik. Namentlich muß der „Verrat“, der „Arbeiterbetrug“, die „Entrechtung der Arbeiter“ bei der Reichsversicherungsordnung herhalten. Alles Vorarbeiten für die Reichstagswahlen. Da ist es interessant, wieder einmal einwandfrei festzustellen, wie die Sozialdemokratie liegt. In der „wissenschaftlichen“ sozialdemokratischen Wochenchrift „Die neue Zeit“ Nr. 5 vom 3. November 1911 wird in einem Artikel, der sich mit der Arbeiterorganisation befaßt, auch die deutsche soziale Gesetzgebung genannt. Wörtlich wird von derselben als

„unserer größten innerpolitischen Tat, der sozialen Gesetzgebung und ihres Ausbaues“ gesprochen. Das steht wörtlich in dem genannten Blatte. Das wollen auch wir uns merken und gegebenenfalls der sozialdemokratischen Lügenaposteln unter die Nase reiben. Wir sagen auch jetzt wieder, unsere soziale Gesetzgebung ist nicht vollkommen, aber ehrlicherweise muß anerkannt werden, daß sie sehr gut wirkt. Nur ein sozialdemokratischer Volkverhörer kann das leugnen.

Gewerkschaftszahlstellen politische Vereine? Eine recht unerfreuliche Entscheidung hat, wie die „Leipziger Volkszeitung“ berichtet, das preussische Obergericht getroffen. Eine Zahlstelle des sozialdemokratischen Zimmererverbands wurde von der Polizei aufgelöst, nach § 3 des Vereinsgesetzes die Satzungen des Vereins und die Zusammensetzung des Vorstands anzuzeigen. Der Vorsitzende der Verwaltungsstelle klagte im Verwaltungsverfahren beim Obergericht. Das Obergericht verurteilte, wies aber seine Klage ab, indem es ausführte, daß die Zahlstelle eine eigne Verwaltungstätigkeit, einen eignen Vorstand, Kassierer usw. habe. Außerdem verfügen die Zahlstellen nicht nur über Beiträge für den Gesamtverband, sondern auch über eigne Mittel. Fernerhin könne jede Zahlstelle sogar Streiks und Aussperrungen aus eigener Machtvollkommenheit bestimmen. Da die Zahlstellen des öfteren in ihren Versammlungen politische Gegenstände, wie Reichstagsauflösung, Kolonialpolitik, Steuergesetze, Dänemarkspolitik, Koalitionsrecht und anderes behandeln, so sei es klar, daß es sich nicht nur um Vereine, sondern auch um politische Vereine handle.

Diese Entscheidung öffnet allerhand Schikanen gegen die Gewerkschaften Tür und Tor. Von den

Arbeiter-Dichter.

Gibt es denn Arbeiter-Dichter? Keine Schmieden, recht und schlecht, ist doch nicht gleichbedeutend mit dichten! Mancher meint, er sei ein großer Dichter und versteht doch in Wirklichkeit gar nichts davon. Und doch haben wir auch in der christlichen Arbeiterbewegung wirkliche Dichter. Wir haben in der vorigen Nummer dieser Zeitung noch einen Beweis dafür geliefert. In der „N. N.“ brachte unlängst der sich gerade um diese Sache verdient gemachte Oberlehrer Kuchhoff in Effen unter dem Titel „Von der Seele des Arbeiters“ eine ganze Reihe von schönen Gedichten, die Arbeiter zum Verfasser haben. Bevor wir diesen Artikel auszugsweise wiedergeben, wollen wir einen unserer Kollegen, der uns schon öfters durch ein feines Gedicht einen Beitrag zum Verbandsorgan geliefert hat, zu Worte kommen lassen. Es ist Kollege Oskar Kümmele, der zur Zeit in der Kaiserne seinem Vaterlande dient. Von Freunden des Kollegen wird uns folgender Prolog überreicht, den er gelegentlich der Feier des zehnjährigen Bestehens der Ortsgruppe Zell im Wiesentale verfaßt hat.

Wie froher Sang, wie Harterklang
Soll mein Willkommen erklingen,
Wie lauer Wind, wie Saljam lind
Soll er den Mann durchdringen.
Wie Sternennacht, wie Märchenpracht
Umhüllt sich's unsern Frieden,
Wie süßer Traum, wie Witz' am Saum,
So Herz und Sinn entzünden.

Allen gilt es, die zu unserm Feind
Zu uns kamen, die als Jubelgäste
Aus dem Diefen-, Rhein- und Rerratal
Mit uns hier vor Tisch und Estrade zogen,
Die ihr Haupt nicht feige niederzogen,
Deren Lösung „christlich-national“.

Allen, die für Recht und Freiheit streiten,
Schlavenjam und Menschheit freud meiden,
Den geraden Weg der Ehre geh'n,
Ningst mein Dank. Wie Ton von Feiertagstönen
Durch die Seele zieht als stolz Frohloeden,
Also sei er allen schon.

Swer es ziemt uns, wenn wir scheiden müssen
Von dem Liebsten, das man uns entziehen,
Uns zu härmn in dem tiefsten Schmerz,
Aber wo man so wie hier sich findet,
Brüder, Schwestern, die ein Ziel verbindet,
Die sich eins sind bis ins tiefste Herz.

Da soll Freude jede Brust durchfluten,
Jedes Aug' erschau' vom Schönen, Guten,
Leuchtend wie kristall'nes Spiegelmeer;
Da schlag' Lobred' über uns zusammen
Dieb und Dren, und der Begeisterung Flammen
Wirten strahlend rings umher.

Schuell vorüber, wie mit Witzeschelle,
Flos die Zeit uns, diese flücht'ge Welle,
Hestlos fort in's Meer der Ewigkeit;
Jahre schwanden uns wie kurze Stunden,
Und was wir dabei so frisch empfunden
Liegt uns heute schon unendlich weit.

Nur Erinnerung noch ist uns geblieben
Und hat heut' zur Prüfung uns getrieben
All der Zeit, die lang uns schon entwich;
Gleich dem Wandrer, der auf Bergesrücken
Um sich schaut und dann mit scharfen Blicken
Das Erreichte mit dem Ziel vergleicht.

So seh'n wir auch heute an der Bahre
Rein entschwendener, arbeitsreicher Jahre,
Seh'n erinnernd vorwärts und zurück.
Zukunftsbüder längst verschwund'ner Zeiten
Seh'n wir heut' an uns vorübergeleit
An dem besten, ungetrübten Bild.

Aber wohl uns, das wir sagen können,
All die Zeit im Pfeilgeschwanden Rennen,
Manches Gute hat sie uns gelehrt,
Ein Jahrzehnt schon hat sie's uns bewiesen,
Daß wir kämpfen, das wir siegen müssen,
Daß die Zukunft uns allein gehört.

Aufwärts dram auf altbewährten Pfaden,
Vorwärts lähn, laßt eure Zukunftstaten
Fürmen sich zu einem starken Saß:
Seht, am fernem Horizont schon wiafen
Siegeszeichen, drauf die Worte klingen:
„Kernig deutsch“ und „christlich national“.

Oskar Kümmele.

Im Anschluß an diesen schönen Prolog unseres Kollegen bringen wir den Auszug aus dem eingangs erwähnten Artikel des Oberlehrers Kuchhoff. Herr Kuchhoff erinnert zunächst an die großen Unterschiede der geistigen Welt, in der sich die Anhänger unserer Bewegung einerseits und die des Klassenkampfes andererseits bewegen.

Klassenkampf! Ein hartes Wort! Trostlos klingt es, wenn so mancher verzweifeln möchte an der Möglichkeit einer friedlichen Gemeinschaft der arbeitenden Klassen mit den Besitzenden zum Wohle von Gesellschaft und Staat. Wie unmöglich hart ist es, wenn man manchmal den Mann in der Seele des Kapitalismus sprechen hört: „Bin ich denn der Hüter meines Bruders?“ Ersinnere

Naturen freilich, denen nicht der Genuß der Gegenwart Lebensprinzip ist, legen sich sorgenvoll die Frage vor: „Wie gewinnen wir die Arbeiterseelen wieder?“ Wer ist gemeint mit diesem „Wir“? Wer hat überhaupt das Recht, die Seele des Arbeiters für sich zu gewinnen? Ich möchte nur negativ antworten: Nicht der, dem Christ Wort unbekannt ist, daß wir einander lieben sollen, wie er uns geliebt hat. Dazu braucht niemand von einer vermeintlichen Höhe hinabzusteigen, er muß nur einem gleichberechtigten Bruder frohen Muts die Hand reichen. Das neuerdings geprägte — und wie eine schlechte Münze schon recht abgegriffene — Wort von den Kulturträgern trifft in hohem Maße zu auf die moderne Arbeitererschaft, in ausgesprochenen Formen auf die christliche Arbeiterbewegung. Denn sie pflegt alle diejenigen Eigenschaften in der Seele des Arbeiters und läßt sie nach außen wirksam hervortreten, die unsere Kultur zu heben berufen sind. Als Glied unserer Gesamtkultur ist die christliche Arbeiterbewegung stolz auf den Namen eines Kulturträgers.

Diese Bewegung lehnt den Klassenkampf ab, verlangt aber die volle Beachtung der Menschenrechte ihrer Standesgenossen. Sie hält die Kraft des Arbeiters aufrecht in den Mitten des Daseins durch die Hoffnung auf eine gerechte Vergeltung, zeigt ihm aber auch wieder den Weg, auf dem er im richtigen Genuße des Daseins dessen froh werden und es materiell und geistig heben kann. Der christliche Arbeiter findet so geistiges Hochland, wo er auch mit schweligen Händen und im Schmutze der ehrlichen Arbeit gleichgerichtete Herzen finden möchte. Leider findet er immer noch zu wenige; schen weicht man ihm aus — weil man noch nicht in seine Seele geschaut hat. So mancher hat den ehrlichen Willen dazu, er möchte wirklich gern im Arbeiter den Freund sehen, wenn er nur die Wege zu gehen gelernt hätte, die zu dieser Freundschaft führen.

Und doch ist ein solches Schauen erquickend, ja es ist beruhigend und erhebend für jeden, der nicht an der Wiederkehr friedlicherer Zeiten im Wirtschaftsleben und der sich darauf aufbauenden gesellschaftlichen Ordnung verzweifeln möchte. Man erkennt daran, daß die Grundfesten der alten Ordnung, daß Thron und Altar noch tief gegründet sind in jenen Massen christlicher Arbeiter, und daß es wohl möglich ist, mit ihnen vereint neu zu bauen, was Verhegung und materialistischer Gegenwartsaltus niedergeworfen haben. Einen dieser Wege, die zu solcher Erkenntnis führen, wollen wir in einem folgenden Artikel einmal wandeln und Umschau halten in einem Gebiete, von dem mancher wohl noch nie gehört hat:

Gefichtspunkten aus betrachtet, kann schließlich jede Verwaltungsstelle zum „politischen Verein“ gestempelt werden. Denn jede Verwaltungsstelle hat einen eignen Vorstand, Kassierer, eigne Einnahmen usw. Auch in den Zustellen der christlichen Gewerkschaften werden Fragen politischer Natur, vor allem sozialpolitische Fragen erörtert, so daß schließlich eine spitzfindige Polizeibehörde leicht Anlaß zum Eingreifen findet. Wenn wir in unseren Ortsgruppen z. B. über koloniale Baumwolle zu reden, treiben wir Kolonialpolitik.

Leider wurde die Frage, ob eine Ortsgruppe als selbständiger Verein zu betrachten sei oder nicht, bei der Schaffung des Reichsvereins- und Versammlungsrechtes nicht klar entschieden. Der Vertreter der verbündeten Regierungen gab seinerzeit in der Vereinsgesetzkommission eine Erklärung ab, in der es hieß:

„Es komme im Sinne des Gesetzes wesentlich darauf an, ob ein Verein sich selbst nur als „Zweigverein“, „Ortsgruppe“ usw. bezeichne, oder ob er tatsächlich die Eigenschaft eines „Zweigvereins“ usw. habe. Falls tatsächlich nur eine „Ortsgruppe“ usw. eines Vereins vorhanden sei, so fänden ohnehin darauf die Vorschriften des § 2 (§ 3 des Gesetzes) des Entwurfs keine Anwendung. Welche rechtliche Eigenschaften aber solchen örtlichen Verbänden zukommen, lasse sich allgemein nicht feststellen. Schon nach der bisherigen Rechtsprechung — voral. insbesondere Entsch. des Reichsgerichts in Straff. Bd. 22 S. 337, sowie für Preußen Entsch. des O.V.G. Bd. 39 S. 445 ff. und des R.G., Jahrbuch Bd. 25 C 25 und 30 C 26 — sei stets davon ausgegangen, daß dies eine reine Tatfrage bilde, bei deren Entscheidung neben der Frage, ob die „Ortsgruppe“, „Zahlstelle“ usw. überhaupt die Merkmale eines „Vereins“ aufweise, hauptsächlich zu prüfen sei, ob eine „mehr oder weniger organisierte dauernde Vereinigung zur Verfolgung besonderer örtlich begrenzter Zwecke“ vorliege. Es kommt dabei z. B. darauf an, wie die tatsächliche Stellung des „Vorstandes“ der „Ortsgruppe“ sei, ob er lediglich als Bevollmächtigter des Zentralverbandes oder des Vorstandes des letzteren dessen Geschäfte an dem einzelnen Orte führe, ferner wie das Verhältnis der Mitglieder der „Ortsgruppe“ zu dem Gesamtverband sei, vor allem, ob sie ein selbständiges Vereinsleben führen oder sich in den Grenzen ihrer Aufgaben halten, lediglich Glieder des Verbandsorganismus seien, wobei ihr tatsächliches Verhalten in Betracht zu ziehen sei. Die Entscheidung lasse sich deshalb in jedem einzelnen Falle nur unter Berücksichtigung der gesamten tatsächlichen Verhältnisse finden.“

Diese Erklärung ist recht lauschulartig und läßt allerhand Möglichkeiten zu. Dafür ist ja auch die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichtes der sprechendste Beweis. Öffentlich kommt die bei der letzten Interpellationsdebatte über die Handhabung des Vereins- und Versammlungsrechtes von einzelnen Rednern gewünschte Reform des Gesetzes bald zu stande, damit bei der Gelegenheit diese Unklarheiten beseitigt werden können.

Ueber ein christliches Arbeitsmonopol im Regensburger Buchbindergewerbe hat sich die sozialdemokratische Presse kürzlich gewaltig entrüstet. Dort haben drei große katholische Verlagsanstalten einen neuen Tarifvertrag nur mit dem christlichen Verband abgeschlossen und sollen ferner erklärt haben, daß sie nur noch christlich-organisierte Buchbinder einstellen würden.

Das nennt die sozialdemokratische Presse in einem längeren Entrüstungsartikel „unlauteren Zwang“, „Schlag gegen die Koalitionsfreiheit“, „Terrorismus der Unternehmer“ usw. Das bringt dieselbe sozialdemokratische Presse fertig, die es ganz selbstverständlich findet, daß in sozialdemokratischen Parteibetrieben christliche Gewerkschaftler quer so ausgeschlossen sind. Welche Parteibruderei würde z. B. einen christlich-organisierten Buchdrucker beschäftigen? In den roten Konsumvereinen bestehen sogar Tarifverträge, die ausdrücklich ein Monopol für die sozialdemokratische Gewerkschaften waren es, die im deutschen Ehemigraphengewerbe, im badischen Töpfergewerbe und in vielen Einzelbetrieben rote Arbeitsmonopole durchgedrückt und den brutalen Grundsatze aufgestellt haben: Entweder rot oder kein Brot.

Wo bleibt hier die moralische Entrüstung der sozialdemokratischen Presse? Da hat noch niemand ein Wort der Kritik gehört, im Gegenteil, diesen „unlauteren Zwang“, diesen „Schlag gegen die Koalitionsfreiheit“ stellt dieselbe sozialdemokratische Presse als „erlaubtes und kulturförderndes Mittel“ hin und rechnet solchen Terrorismus den „Genossen“ noch als „Verdienst“ an. Diese Heuchlerpresse hat das Recht verwirkt, sich über das Verhalten der Regensburger christlichen Verlagsfirmen zu entrüsten.

In Regensburg hat sich die in Betracht kommende christliche Organisation, der Graphische Zentralverband, bei den Arbeitgebern dafür verwandt, auch den sozialdemokratischen Buchbinderverband zu den Tarifverhandlungen zuzuziehen, was die Unternehmer aber strikte ablehnten. Die naive Zumutung der „Genossen“, die christlichen Gehilfen sollten zwecks Anerkennung des roten Verbandes auf den Tarif verzichten und in den Streit treten, wurde vom christlichen Verband natürlich abgelehnt, der dann einen Tarifvertrag mit wesentlichen Verbesserungen für die Gehilfen abschloß. Die christlichen Arbeiter haben in dem Fall also durchaus loyal und im Interesse der Arbeiter gehandelt. Den terroristischen, monopolistischen Sozialdemokraten aber wird diese Bewegung hoffentlich das Sprüchwort in Erinnerung bringen: „Was du nicht willst, daß man dir tu, das füg auch keinem andern zu!“

Gegen den Koalitionsrechtsraub — mehr Koalitionsfreiheit. In der „Sozialen Praxis“ schreibt der bekannte Sozialpolitiker Professor Dr. Franke einen Artikel, worin er sich in ganz entschiedener Weise für eine wirkliche Koalitionsfreiheit ausspricht und sich ebenjo

entschieden wendet gegen jene Kreise, die das ohnehin kümmerliche Koalitionsrecht noch verschlechtern wollen, um die Entwicklungsmöglichkeiten und Bewegungsfreiheit der Gewerkschaften zu unterbinden. Wir werden in der nächsten Nummer dieser Zeitung den Artikel ausführlich besprechen und begnügen uns für dieses Mal damit, den kurzen Schlussteil deselben wiederzugeben.

Franke erinnert an ein Wort des großen Posadowsky, daß es keine Kunst sei, einen Volkrieg zu entfesseln, das könne sein Bureaubienner auch. Das träge dem Sinne nach auf die Bedrückung der Arbeiterbewegung zu. Gegen diese immer wieder mit verschärften Strafparagrafen vorgehen, könne gar nicht die gewollte Wirkung haben:

Als ob dadurch — im letzten Falle! — nicht bloß einige äußere Mißbildungen weggeschnitten oder zurückgedrängt würden, während im Innern die Erbitterung und der Haß eine gefährliche Stimmung erzeugen. Und wenn der Ruf nach Polizei und Staatsgewalt gar von denjenigen ausgeht, die selbst alle Möglichkeiten des Koalitionsrechts ausnutzen, Verhandlungen aber und Verträge mit Arbeitern grundsätzlich ablehnen und mit Mißhandlungen die deutsche Volkswirtschaft und den sozialen Frieden schädigen, so ist ein solches Gebaren unerträglich. Immer wird der Kampf gegen die Sozialdemokratie vorgeschickt, um die Staatsgewalt gegen die Arbeiterbewegung mobil zu machen. Wie eine Vorkantoneklärung lang das vielberufene „Testament“ des Herrn Bueck vom 9. Dezember 1910, in dem ein streitbarer Kämpfer das Fazit eines langen Lebens in der Forderung einer Zertrümmerung der Gewerkschaften durch den Staat zog.

Dann meint Professor Franke, daß solche „Mißschreie“ doch nur in engen, wenn auch mächtigen Kreisen einen Widerhall finden. Die Mehrzahl der deutschen Arbeitgeber lebte mit ihren Arbeitern in Frieden. Die meisten Lohnbewegungen würden auf friedlichem Wege erledigt.

„Um so schlimmer ist, daß die Auser zum Streit immer wieder das Ohr der Regierenden zu gewinnen wissen und ihr eigenes Interesse als Staatsnotwendigkeit vortäuschen. Wenn daher wirklich die in den Forderungen des Zentralverbandes deutscher Industrieller und im Vorentwurf des neuen Strafgesetzbuchs niedergelegten Vorschläge zur Einschränkung des Koalitionsrechts der gewerblichen Arbeiter und zur strengeren Ahndung der Streikvergehen gesetzgeberische Gestalt gewinnen, so muß sich gegen solch Beginnen ein Protest erheben, nicht nur aus der Arbeiterschaft, sondern auch aus dem Bürgertum, und zwar ein Protest, der sowohl Verschlechterungen abwehrt, als auch Verbesserungen zum Ziele hat!“

Solche Reformen müssen darauf bedacht sein, die Berufsvereine der Arbeitgeber und der Arbeiter zu kräftigen und zu festigen, die Autorität ihrer Führer zu erhöhen und die Disziplin der Mitglieder zu sichern. Es müssen alle Strafparagrafen und Gesetzesbestimmungen fallen, die fündiger Rechtsprechung Straide liefern, um Verhandlungen und Verträge zwischen den Parteien zu unterbinden. Mit allem Bedacht müssen vielmehr Vorkehrungen geschaffen werden, die den Weg zu solchen Verhandlungen und Verträgen ebnen. Das sind die wirkksamsten Mittel, um Arbeitskämpfe zu verhüten.

Wo aber Mißbräuche des Koalitionsrechts vorkommen, da richte man mit gleichem Maße: der Arbeiter, der gegen die Koalitionsfreiheit sündigt, ist nicht schlimmer als der Arbeitgeber, der die Arbeiter im Gebrauch dieser Freiheit hindert. Und es muß ferner ausgeräumt werden mit dem Grundsatz, daß Vergehen nur aus dem einzigen Grunde strenger bestraft werden müßten, weil sie von Arbeitern und in Arbeitskämpfen verübt worden sind. Man strafe als Streikvergehen Beleidigungen, Beschimpfungen, Mißhandlungen, Körperverletzungen — kurz alle Taten der Rohheit so streng, wie es sich gebührt, aber man richte sie mit demselben Maßstabe, der überall sonst für Taten derselben Art angewendet wird. Und man lasse dem einen wie dem andern die Wohltat mildernder Umstände zuteil werden, die der Richter für die Wahrung berechtigter Interessen und für leidenschaftliche Erregung da zubilligt, wo nicht unedle Beweggründe mitspielen. Das von Kaiser Wilhelm II. im Jahre 1889 bei Eröffnung der ersten Anstaltung für Unfallverhütung zu dem Präsidenten Boediker und dem Abgeordneten Koeside gesprochene Wort: „Es kommt vor allem darauf an, den Arbeitern die Ueberzeugung beizubringen, daß sie ein gleichberechtigter Stand sind“, wird nirgends sinnfälliger und öfter Lügen gestraft als in der Gesetzgebung und Rechtsprechung über Koalition und Streik.

Es ist geradezu ein verhängnisvolles Beginnen, diese jetzt herrschende Ungerechtigkeit künftig noch weiter verschärfen zu wollen — doppelt verhängnisvoll im jetzigen Augenblick, wo Teuerung und Not an Millionen von Arbeitertüren pochen; ist doch das freie Koalitionsrecht die stärkste Waffe der Selbsthilfe der Arbeiter, um höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen zu erringen.“

Eingabe des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter an den Reichskanzler. Der Gewerkschaftsverein christlicher Bergarbeiter hat sich mit folgender Eingabe an den Reichskanzler gewandt:

„Die durch die Dürre und Viehseuchen hervorgerufene allgemeine Teuerung der notwendigen Nahrungsmittel hat einen solchen Umfang angenommen, daß sie zu einem argen Notstand geworden ist. Nach Lage der Verhältnisse ist zu erwarten, daß derselbe insbesondere in der Versorgung mit Fleischnahrung noch längere Zeit andauern wird. Wenn dieser beklagenswerte Notstand allgemein die minder bemittelten Volksteile außerordentlich belastet, so macht er sich aber ganz besonders für die Bergarbeiter und ihre Familien geltend.“

Der Bergarbeiter bedarf, um seine schwere Berufsarbeit leisten zu können, einer kräftigen und ausreichenden

Ernährung. Diese aber ist bei der jetzt vorherrschenden außerordentlichen Teuerung der wichtigsten Nahrungsmittel um so mehr in Frage gestellt, als nach dem Familienstand von dem Lohne eines Bergarbeiters im Durchschnitt erheblich mehr Personen leben und ernährt werden müssen, als dies bei anderen Berufsgruppen der Fall ist. Nach der amtlichen Statistik betrug die Geburtsziffer 1907 auf 1000 Personen in der Bergbau-Berufsgruppe 53,4 während sie in der Bevölkerung des Reiches nur 33,2 betrug. Dieser sehr hohen Geburtsziffer steht im Vergleich zur Gesamtbevölkerung in der Bergbau-Berufsgruppe eine sehr geringe Säuglingssterblichkeit gegenüber. Also der Familienbestand der Bergarbeiter überragt selbst den der landwirtschaftlichen Bevölkerung um ein recht Erhebliches. Daraus ergibt sich auch, daß die Teuerung der Nahrungsmittel für die Bergarbeiterfamilien weit drückender empfunden wird, als das sonst allgemein der Fall sein wird. Tritt keine Aenderung des herrschenden Notstandes ein, so wird in der Bergarbeiterfamilie eine für den Bergarbeiter als auch für seine Familienmitglieder gleich schädliche Unterernährung die Folge sein.

Der natürliche Ausgleich für die Teuerung würde eine entsprechende Erhöhung der Löhne sein. Eine solche hat aber nicht stattgefunden. Die außerordentliche Bezirksgeneralversammlung des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter Deutschlands hat am 8. Oktober 1911 in Essen-Müdr zu der Lohnfrage folgenden Beschluß gefaßt: Dann wird der Beschluß mitgeteilt, den wir bereits in Nr. 42 der „Textilarbeiter-Zeitung“ veröffentlicht haben. Anschließend daran heißt es:

Wie die Lohnverhältnisse in diesem Beschluß für das Ruhrrevier dargestellt sind, so liegen sie entsprechend auch in den anderen Bergrevieren, insbesondere haben die Bergarbeiter im staatlichen Saarbergbau über die ungenügenden Löhne Klage zu führen.

Wenn die Bergarbeiter, um die allgemeine wirtschaftliche Lage im Vaterland nicht noch zu verschärfen, vorläufig darauf verzichten, auf dem Wege des Lohnkampfes den Ausgleich für die herrschende Teuerung zu erringen, so ist eine anderweitige Abhilfe um so dringender geboten. Wir wenden uns daher an Ew. Excellenz mit der Bitte, die zur Behebung des Notstandes geeigneten Maßnahmen zu treffen.

In erster Linie bitten wir Ew. Excellenz, auf die Grubenbesitzer mit dem dem Staate zu Gebote stehenden Mitteln dahin zu wirken, daß die Grubenverwaltungen ein sofortiges Steigen der Löhne in genügendem Umfange erfolgen lassen.“

Die Eingabe befürwortet dann ebenfalls die von der Konferenz christlich nationaler Arbeiterführer beschlossenen und von uns bereits in Nr. 41 veröffentlichten Maßnahmen und fährt dann fort:

„Diese Vorschläge anfügend bringen wir noch in Erwägung, auf dem Gebiete der Eisenbahn-Tarifvergünstigungen alle besonderen Frachtermäßigungen, ebenfalls für die Bergbaureviere zu gewähren. Und zwar an die Gemeinden, die gemeinnützigen Organisationen, zu denen auch die Konsumvereine zu rechnen sind, an gewerbliche Unternehmer, die die Waren an ihre Angestellten und Arbeiter abgeben und an solche Kleinhändler, die sich der gemeindlichen Preiskontrolle und Preisfestsetzung unterwerfen.“

Schließlich macht sich in dieser Zeit der Teuerung das fortgesetzte Steigen der Wohnungspreise besonders unangenehm bemerkbar. Wir bitten Ew. Excellenz sehr dringend, dahin zu wirken, daß der Boden, diese Grundfrage aller nationalen Existenz, unter ein Recht gestellt werde, das seinen Gebrauch als Werk- und Wohnstätte befördert, das jeden Mißbrauch mit ihm ausschließt und das die Wertsteigerung, die er ohne die Arbeit des Einzelnen erhält, möglichst dem Volksganzen nutzbar macht, und daß dem Reichstage bald ein Reichswohnungs-gesetz vorgelegt wird.“

Gelder der Textilarbeiter für sozialdemokratische Parteizwecke. In einem Bericht des „Textilarbeiters“ (Nr. 45 vom 10. Nov.), des Organs des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes, über eine Mitgliederversammlung der Filiale Barmen-Eberfeld und Umgegend heißt es:

Einem Antrage, dem Wahlfonds der sozialdemokratischen Partei im Wuppertale 500 M. zu überweisen, wurde einmütig zugestimmt, ein Beweis, daß die Textilarbeiter die Vertretung ihrer Interessen in den Parlamenten zu würdigen wissen.

Ferner ein Beweis, wie verlogen die Agitation des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes ist, denn wenn seine Mannen auf die Dörfer und in die Landstädte ziehen, dann hat der „deutsche“ Verband mit der Sozialdemokratie gar nichts zu tun. Mitglieder, reißt diesen Heuchlern die Maske herunter.

Ein „reelles“ Parlament. Der sogen. „Hauptauschuß der nationalen Arbeiterverbände“, ein Kartell zahlreicher „Werksbunde“, „vaterländischer Arbeitervereine“ oder gelber Verbindungen anderer Spielart, trat anfangs November in Berlin zu einer außerordentlichen Tagung zusammen, um seinen Senf zu Verschlechterung des Koalitionsrechts beizutragen. Bei der Tagung überwogen die „geistigen“ Arbeiter bei weitem: so die Kommerzienräte, Regierungsräte, Generale, Direktoren, Inspektoren, Redakteure, Freiherren gar, und schließlich erlitten auch der Generalfeldmarschall von der Goltz. Das sind die Leute, die die deutsche Arbeiterbewegung „in gesunde Bahnen“ lenken und mit Hilfe einer „neuen Arbeiterbewegung“ die Sozialdemokratie überwinden wollen. Gerade diese Tagung hat wieder erneut bewiesen, wie wenig hier

von einer wirklichen Arbeiterbewegung die Rede sein kann, daß sie nicht von selbstbewußten, standesstolzen und vorwärtsstrebenden Arbeitern getragen, sondern von einigen „großen“ Herren künstlich hochgehoben und weitergeschleppt wird. Diese Bewegung ist einfach total unfähig, eine wirklich ernste Gefahr für die Sozialdemokratie zu werden.

Dem gelben Hauptausschuß sollen acht nationale Arbeitervereinigungen mit 130 000 Mitgliedern angehören. Die stärkste Gruppe ist der „aus der Not der Streiks“ entstandene „Bund deutscher Wertvereine“, dem jetzt 60 000 Mitglieder angehören sollen. Ferner gehören dem Hauptausschuß an der Bund der Bäcker- und Konditorengelhilfen mit 226 Vereinen und 13 000 Mitgliedern, der Bund deutscher Staatshandwerker mit 3000 Mitgliedern, der Bund sächsischer Wertvereine mit 10 000 Mitgliedern und der Bund deutscher Seefahrervereine mit 2600 Mitgliedern. Seine Stützpunkte hat die „gelbe Wertbewegung“ in Berlin, wo bei Siemens-Schuckert 17 000 Leute „organisiert“ sind, ferner in Augsburg, Nürnberg und bei Krupp in Essen. Man weiß ja, wie bei den „Gelben“ Mitglieder geführt werden, darum sind die hier angeführten Zahlen sehr anzuzweifeln.

In hohen Tönen pries ein Herr Fichter aus Berlin die Bedeutung der gelben Bewegung. Seine Ausführungen bildeten den reinsten Lohn auf den wirklichen Wert und die tatsächlichen Erfolge der Bewegung. Hauptaufgabe der gelben Tagung war, Kräftig Stimmung zu machen für „größeren Schutz der Arbeitswilligen“. „Für die Arbeitswilligen besteht das Koalitionsrecht heute nur auf dem Papier, die Gewerkschaften, die einen Staat im Staate bilden, machen aus der Koalitionsfreiheit zwingendes Recht. Wir verlangen ausreichenden Schutz dem deutschen Staatsbürger und seiner Arbeit“, war der Schlusssatz des Referats hierzu. Reichs- und Landtagsabgeordneter Dr. Arendt redete sehr kräftige Worte. U. a.: „Die Erfahrungen in England zeigen, daß die Gewerkschaften nicht ein Segen, sondern ein Fluch für die Arbeiter geworden sind. (Sehr richtig!) Man führt die Koalitionsfreiheit im Mund und will den Zwang. (Sehr richtig!) Ich freue mich, daß ich trotz allen Heulens und Wütens einer der wenigen war, die für die Rechtshausvorlage eintreten. (Sturm. Beifall.) Die heutige Versammlung zeigt, daß wir damals auf dem richtigen Wege waren, daß wir nicht für den Zwang, sondern für die Freiheit eintraten (Erneuter stürmischer Beifall).“

Auch die christlichen Gewerkschaften wurden gründlich verhauen. Sie seien auch nur Streikvereine, viel ärger als die sozialdemokratischen Verbände. Die ganz gewöhnlichsten schärferen Phrasen alle.

Wir können am besten durch unermüdete Kleinarbeit für unsere christliche Gewerkschaftsbewegung der gelben Sumpfpflanze Boden und Wasser abgraben. Eine solch innerlich hohle, künstlich aufgepöpelte Bewegung von unselbständigen und egoistischen Menschen wird unter der deutschen Arbeiterschaft nie zur größeren Geltung kommen.

Aus unserer Industrie.

Die Seidenindustrie im deutsch-japanischen Handelsvertrage.

Im Reichstage stand in der vorherigen Woche der neue Handelsvertrag mit Japan zur Sprache. Als Sprecher für die in dem Vertrage zu Schaden gekommene deutsche Seidenindustrie trat der Abgeordnete des Zentrum, Dr. Pieper auf. Herr Pieper, Generalsekretär des Volksvereins für das kath. Deutschland, vertritt den Kreis der Wollweber. Er führte nach einem Bericht der N. N. aus:

„Meine politischen Freunde begrüßen den Abschluß eines Handelsvertrages mit Japan schon, weil wir Wert darauf legen, daß wir zu Japan politisch in gutem Verhältnis bleiben. Dazu kommt, daß Deutschlands Ausfuhr nach Japan weit größer ist, als die japanische Einfuhr nach Deutschland. Deshalb war es von Wert, daß wir einen Handelsvertrag schloßen, der sich nicht mit der Reißbegünstigung begnügte, sondern auch Ermäßigungen vorsieht für wichtige deutsche Exportartikel, auf deren weitere Ausfuhr Deutschland Wert legt. Immerhin bleibt zweifelhaft, ob diese geringen Ermäßigungen uns soweit nützen werden, daß uns die Einfuhr in Japan noch weiter möglich bleibt. Natargemäß müßte die deutsche Industrie Zugeständnisse machen. Es ist indes zu bedauern, daß hiervon eine einzige Industrie betroffen wird, die überhaupt schon bei den allermeisten Handelsverträgen der Leidtragende gewesen ist, und die infolgedessen gerade gegenüber Japan besonderen Wert darauf legen muß, daß sie nicht auch hier wieder den meißten Teil der Opfer zu tragen hat: Es ist dies unsere

Seidenindustrie.

Hier steht der Handelsvertrag eine Minderung der Position 401 vor, die jetzt unter der Bezeichnung „Habutaa“ läuft. Die deutsche Seidenindustrie hat von Anfang an auf die Veränderungen in den Verhältnissen seit dem Vertrage vom Jahre 1899 aufmerksam gemacht. Damals hat man im Interesse der Seidenindustrie Wert darauf gelegt, daß der Zoll auf die unter 401 bezeichneten Gewebe auf 300 M für den Doppelzentner ermäßigt wurde, und damals hatte namentlich Frankreich, ein Hauptkonkurrenzland der Seidenindustrie für Deutschland, diese Gewebe noch zollfrei eingehes lassen. Andererseits waren 90 Prozent der Einfuhr in solchen Geweben, die chinesischer Herkunft waren, erheblich schlechter. Seit 1900 aber hat Japan mit viel vollkommenem Gewebe auf unserem deutschen Seidenmarkt sich Eingang zu verschaffen gewußt, und die Einfuhr in diesen sogenannten „Bongees“ oder „Habutaa“ ist in den letzten

zehn Jahren von 1,8 Millionen auf ungefähr 6 Millionen Mark gesteigert worden.

Mit dieser Minderung der Einfuhrverhältnisse verband sich nun weiter die wichtige Tatsache, daß inzwischen Frankreich im wohlverstandenen Interesse und zum Schutze seiner Seidenindustrie den Zoll, und zwar den Vertragszoll, von 600 M. auf diese Habutaa eingeführt hat. Unter diesen Verhältnissen hätte natürlich die deutsche Seidenindustrie an sich schon auf eine

Erhöhung des Zolles

um 300 M., wenn man auch noch den Unterschied in billigeren Rohstoffen und Arbeitslöhnen in Betracht zieht, Anspruch machen können. Zum mindesten glaubte die deutsche Industrie verlangen zu können, daß man diesen billigen Zoll von 300 M. nicht binde. Der erste Wunsch konnte wohl kaum erfüllt werden. Deutschland ist aber auch überdies eingegangen auf eine Bindung des Zolles von 300 M. Die Sachlage für die Seidenindustrie wird noch verschlimmert dadurch, daß gegenüber der bisherigen Bezeichnung der „dichten“ Gewebe auch von „undichten“ Geweben gesprochen wird. Man hat die Bezeichnung Habutaa gebraucht und eine Gewichtseinheit und die Dinterlegung von Mustern beifügt. Dabei ist nun bei der Gewichtseinheit ein Zugeständnis gemacht worden, an das die deutschen Seideninteressenten nie gedacht hätten. Man ist heruntergegangen auf die Gewichtseinheit von 12,92 Gramm auf 1 Quadratmeter Gewebe. Wenn die Regierung sagt, daß man hierzu habe übergehen können nach den Erfahrungen beim Export, so wird mit Recht darauf hingewiesen, daß bisher an dazugehörigen Geweben kaum bei uns etwas eingeführt wird. Auch von der Finanzverwaltung, welche die Kontrolle über die Zollverwaltung führt, ist wiederholt darauf hingewiesen worden, daß man zwischen dicht und undicht unterscheiden solle, und es ist die Uebersetzung geäußert worden, daß Gewebe von 3 1/2 oder 3 3/4 Monne jedenfalls nicht mehr als dicht gelten können. In Position 408 besteht bei undichten Geweben ein Unterschied zwischen Geweben, die weniger als 20 Gramm auf 1 Quadratmeter haben und solchen, welche mehr haben.

Man fürchtet nun in der deutschen Seidenindustrie, daß nicht bloß

der deutsche Markt überflutet

wird von den in den letzten Jahren in gesteigertem Maße eingeführten, als dicke Gewebe geltenden sogenannten „Habutaa“, sondern, da nunmehr der Begriff „dicht“ gefallen ist und bloß die Gewichtseinheit festgelegt wird, unter der bisher überhaupt kein Gewebe eingeführt ist, auch undichte Gewebe in Massen auf den deutschen Markt kommen.

Die Möglichkeit besteht nicht bloß für Japan, sondern auch für andere Staaten, nun zu den Zollen von 300 M. Gewebe einzuführen, die bisher, wenigstens bei strenger Einhaltung der Bestimmungen, in Eingang kommen zu einem Zolle von 1000 M., wenn nicht 1500 M., für den Doppelzentner. Demgegenüber jagt die Begründung, daß die Bezeichnung Habutaa besser sei, als die früher mehr oder weniger bestimmte Bezeichnung „dicke Gewebe“. Die Interessenten wenden ein, daß die Bezeichnungen der verschiedenen Sorten Seiden bei uns durchaus phantastische Bezeichnungen sind. Es gibt Bezeichnungen wie „Helvetia“, „englische“ usw. Sorten, die in Deutschland gefertigt werden, bei denen niemand annehmen will, daß mit der Bezeichnung der Ursprungsart angegeben wird.

Es steht nicht entgegen, daß auch nicht asiatische Staaten bei uns unter der Bezeichnung „Habutaa“ Gewebe einführen, die nicht aus Japan kommen. Es wurde darauf aufmerksam gemacht, es sollten Muster hinterlegt werden oder zum wenigsten sollte doch der amtliche Stempel in Japan vorgezeigt werden müssen. In den Kreisen der Seidenindustrie ist man noch gar nicht klar darüber, ob überhaupt bis heute derartige Muster hinterlegt worden sind. Jedenfalls bitte ich die Regierung um Auskunft über diese wichtigen Bestandteile der neuen Position. Das Reichsamt des Innern hat ja einzelnen Kreisen der Interessenten die Versicherung gegeben, es würden auch die

Sachverständigen aus der Industrie

Gelegenheit haben, sich zu überzeugen, daß die vorgelegten Muster nun auch wirklich der bisherigen handelsüblichen Bezeichnung „Habutaa“ entsprechen. Ich bezweifle, daß ein Stempel als ein Auskunftsmitglied in den Fällen anzusehen ist, wo kein Muster vorgelegt worden ist. Jedenfalls könnten uns von Seiten Frankreichs Sachverständigen bereit werden, wenn dieses darauf hinweist, daß das nicht dem Geiste der Reißbegünstigungsklausel entsprechen würde.

Die Festsetzung einer Gewichtsmenge von mindestens drei Monne hat in den Kreisen der deutschen Seidenindustrie Besorgnis erregt. Man glaubte nicht, daß man zu einer derartig niedrigen, den Unterschied zwischen dichten und undichten Geweben heftigenden Gewichtseinheit heruntergehen würde. Die deutsche Seidenindustrie weist mit Recht darauf hin, daß die meisten Handelsverträge recht ungünstig für sie ausgefallen sind. Die deutsche Seidenindustrie mit ihren 80 000 Arbeitern und einem Jahresumsatz von 250 Mill. M. hat überdies die großen Schwierigkeiten des raschen Rodentwechsels zu ertragen. In den Kreisen der Unternehmer, der Arbeiter und auch der ganzen Bürgerschaft solcher Orte, die eine starke Seidenindustrie haben, herrscht immer das bange Gefühl, daß irgend ein Wechsel der Mode oder eine Schwierigkeit auf dem Weltmarkt zu schwierigen Verhältnissen führe. Umso mehr beklagt die deutsche Seidenindustrie, daß man beim amerikanischen Handelsvertrag die Seidenindustrie die Kosten der Zugeständnisse an andere Industrien hat tragen lassen, die jedenfalls einer viel günstigeren Lage sich erfreuten. Jedenfalls erwarten meine politischen Freunde, daß die Regierung bei der Anstellung des neuen Zolltarifs mit aller Festig-

keit darauf bestrebt, daß für die Gewebe asiatischer, speziell japanischer Hausindustrie

in Zukunft ein höherer Zollsatz

festgesetzt wird, als gegenüber europäischen Konkurrenzländern. Schon heute steht fest, daß bei den dichten Geweben, die in der Hausindustrie in Japan hergestellt werden, zu den Preisen, unter denen Japan das fertige Gewebe in den Handel bringt, in Deutschland die Industrie nur die Rohstoffe kaufen kann. Wenn hier ein schweres Opfer im Augenblick gebracht werden muß, so erwarten wir, daß die Regierung, wie es Frankreich schon getan hat, gegenüber dieser schweren Konkurrenz Asiens nun auch Vorkehrung trifft, damit in einer besonderen Position, nach dem Muster des französischen Tarifs die deutsche Industrie geschützt wird.

Im Sinne des Herrn Dr. Pieper sprachen u. a. noch die Abgeordneten Stresemann von der National-Liberalen und Herr Linz von der Reichspartei. Die Regierung suchte es bezügl. der „Habutaa“ so darzustellen, als ob es sich nur um die vertragliche Festlegung und genauere Präzisierung eines längst bestehenden Zustandes handele.

Da der Reichstag nur das Recht hat, Handelsverträge im Ganzen (en bloc) anzunehmen oder abzulehnen, bleibt ihm nichts anders übrig, als den japanischen Handelsvertrag zu sanktionieren, so ungünstig er für uns auch sein mag.

Ueber den Beschäftigungsgrad in der Textilindustrie im Monat September

berichtet die soeben erschienene Oktobernummer des „Reichsarbeitsblattes“:

Die Lage der Baumwollspinnereien wird durchweg als schlecht bezeichnet; die Beschäftigung nahm jedoch gegen Ende des Monats wieder etwas zu. Während die Baumwollpreise im August ziemlich fest waren, sind sie im vergangenen Monat infolge der glänzenden Ernteaussichten in Amerika und angesichts eines, wenn auch verspätet eingetretenen Monsuns in vielen Gegenden Indiens um 8 bis 9 Pfg. gesunken und stehen jetzt 23 Pfg. unter dem Höchststande vom Monat Juni. Die Fabrikpreise konnten eine Verbilligung erfahren, die von den Käufern gern zur Deckung des dringendsten Bedarfs benutzt wurde. Die Lage der Spinnereien hat sich dadurch etwas gebessert; andererseits sind aber die Verluste auf die unverkauften Baumwollvorräte der Spinner entsprechend größer. In Garnen aus neuer Ernte entwickelte sich zeitweilig ein lebhaftes Geschäft, während für baldige Lieferung nur wenige Mengen gekauft wurden. Der Absatz von Garnen ließ vielfach sehr zu wünschen übrig; die Garnlager in den Spinnereien, die Ende April ihren niedrigsten Stand in diesem Jahre erreicht hatten, sind seitdem und auch im vergangenen Monate wieder gewachsen.

In der Baumwollweberei hat sich die Geschäftslage nach der Mehrzahl der Berichte noch immer nicht gebessert. Es wird dies auf die Lebensmittelteuerung und auf den starken Rückgang der Baumwollpreise, sowie auf die ungelückten politischen Verhältnisse zurückgeführt. Einige andere Berichte aus Sachsen sprechen sich jedoch befriedigend über den Geschäftsgang aus.

Die sächsische Wigogne-Spinnerei war ausreichend beschäftigt, nur liegen die Preise auch hier zu wünschen übrig. An weiblichen Arbeitskräften herrschte erheblicher Mangel.

Die Wollwebereien waren nach einem Berichte des Verbandes Sächsisch-thüringischer Webereien sehr mäßig beschäftigt. Gegen den Vormonat und das Vorjahr machte sich eine Verschlechterung geltend, die auf die allgemeine Zurückhaltung der Großabnehmer, sowie auf die unsichere politische Lage zurückzuführen ist.

Ueber die Lage der Tuchfabrikation lauten die Berichte verschieden; nur zwei Fabriken in Rottbus und Lützenwalde melden volle Beschäftigung. Berichte aus Guben, Sagan und Görlitz sprechen von einem gerade noch befriedigenden Geschäftsgange, zumeist von einem Rückgange gegenüber dem Vormonate. Aus Grünberg, Spremberg und Finsterwalde wird über ungenügende Beschäftigung geklagt. Während der drei Monate Juni, Juli und August war der Geschäftsgang in den westdeutschen Tuchfabriken kein einheitlicher. Einzelne Betriebe waren normal beschäftigt, dagegen die Mehrzahl durchaus ungenügend; besonders litten unter der Geschäftskrisis diejenigen Fabriken, die ausschließlich Modewaren herstellen. Die Gründe für die mangelhaften Verhältnisse sind dieselben, die schon früher angegeben wurden: hohe Materialpreise, Teuerung der Lebensmittel, Rückgang der Ausfuhr, ungünstige Modewandlung und die damit in Verbindung stehende Vorliebe für ausländische (englische) Stoffe. Es ist noch zu diesen Punkten hinzugekommen die anhaltende Trockenheit und die politische Unsicherheit. Der Geschäftsgang ist im allgemeinen gegen die vorhergehenden Monate zurückgegangen. Eine Besserung des Geschäftes ist im Hinblick auf die mehr und mehr ihre Schatten werfende allgemeine Teuerung in nächster Zeit nicht zu erwarten.

Die Leinenindustrie weist gegen den Vormonat einen Rückgang auf, der auf die Verteuerung der Lebenshaltung und die politische Unsicherheit zurückzuführen ist.

In der Bresfelder Samtindustrie war der Geschäftsgang wie in den Vormonaten gut; in der Seidenstoffindustrie war er mittelmäßig und zeigte eine geringe Verschlechterung, da die Mode dem Samte günstig ist. Die Samtbandfabrikation war anhaltend schlecht beschäftigt.

Nach einem Berichte des Syndikats elsfassischer Rattundrucker war die Beschäftigung mittelmäßig; Berichte aus anderen Teilen des Reiches lauten etwas

günstiger. Die Türkischrot-Garnfabrikation hatte beständig zu tun.

In Strickgarnen war die Beschäftigung im allgemeinen reger. Der Rückgang der Baumwoll- und Wollpreise wirkte nachteilig auf die Kaufkraft.

Die Strickwarenfabrikation war durchweg flott beschäftigt, da um diese Zeit die Winteraufträge zur Erledigung gelangen. In Schlesien herrschte Arbeitermangel.

Die württembergische Trikotwarenfabrikation war beständig und ziemlich ebenso wie im Vormonate beschäftigt.

Die Hanfspinnereien und Bindfadenfabriken hatten im allgemeinen befriedigend zu tun und zeigten keine erheblichen Veränderungen gegen den Vormonat.

Die Kopfschneidereien waren nach einem Berichte des Verbandes deutscher Kopfschneider gut und besser als im Vorjahr und im Vormonate beschäftigt.

Aus der Textilindustrie berichten 460 Betriebskrankenkassen mit 92363 männlichen und 108615 weiblichen Mitgliedern. Gegen den Bestand am 1. September ergab sich am 1. Oktober eine Abnahme der versicherungspflichtigen Mitglieder ohne Kranke (+ 398 männliche, - 750 weibliche).

Aus dem Verbandsgebiete. Lohnbewegungen und Arbeitsfreistigkeiten.

Bogtland.

Neue Lohnsätze in den Webereien. In den Betrieben des Verbandes Sächsisch-Thüringischer Webereien ist am 10. Oktober eine Bekanntmachung zum Auszuge gekommen, der zufolge vom 24. November d. J. ab neue Mindestlohnsätze in Kraft treten werden. Bis zur Zeit wissen wir noch nicht, welche Artikel einer Lohn-erhöhung unterworfen worden sind und wie hoch die darin vorgesehenen Lohnerhöhungen sein werden. Wir hoffen aber, daß die Arbeitgeber unseren Wünschen vom Frühjahr Rechnung getragen haben, die dahin gingen, alle Positionen der Tarife zu erhöhen. (Bekanntlich wünschte der deutsche Verband nur für einige Artikel Lohnerhöhungen.) Ob die neuen Lohnsätze die Zustimmung der hiesigen Arbeiterschaft erhalten können, wird sich erst zeigen, nachdem die Tarife zum Auszuge gebracht worden sind und durch Umfragen festgestellt wurde, ob die darin enthaltenen Lohnerhöhungen den Preissteigerungen für Lebensmittel entsprechen.

Unsere Mitglieder fordern wir heute schon auf, die in Bälde erscheinenden Fragebogen wahrheitsgemäß und schnellstens auszufüllen.

Aus unseren Bezirken.

Für die drei Gaue des badischen Bezirkes

fanden in den letzten Monaten in Walldorf, Denzingen und Schoppheim Konferenzen statt. Die Kollegen Kümmele und Kiefer gaben in ihren Vorträgen Richtlinien über die Arten der Agitation, die bevorstehenden sozialen Wahlen und über Versammlungswesen und Praxis.

Die Konferenzen waren von Vorstandsmitgliedern und Vertrauensleuten durchweg gut besucht. Allenfalls herrschte eine gute Stimmung über das Vorwärtsschreiten unserer Organisation, speziell im badischen Bezirke.

Die Kolleginnen und Kollegen versprochen, auch diesen Winter alles zu tun, um unseren Bezirk noch weiter vorwärts zu bringen. In Schoppheim wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die Gaukonferenz des Wiesens- und Berratal's macht es den einzelnen Ortsgruppen und Mitgliedern zur Pflicht, diesen Winter in besonders tätiger Weise für die Gewinnung neuer Mitglieder zu sorgen. Besonders soll dafür gesorgt werden, daß die Familienangehörigen der Verbandsmitglieder sich der Organisation anschließen. Ferner verpflichtet sich jede Ortsgruppe, die auf der Konferenz gegebenen Anregungen die Agitation betreffend so durchzuführen, wie es sich für den betreffenden Ort am besten eignet.“

Kollegen und Kolleginnen! Es ist nicht schwer, neue Anhänger zu gewinnen, es handelt sich bloß darum, daß jeder einmal ernstlich seine Pflicht als Gewerkschaftler aufsaßt und sich als opferfreudiger Mitarbeiter betätigt. Die errungenen Erfolge dürfen in uns nicht die Meinung aufkommen lassen, als wäre genug geschehen, nein, sie sollen uns zu neuer Schaffensfreudigkeit aneifern.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Mhans. Die Teuerung steht zur Zeit im Vordergrund des Interesses der Arbeiterschaft. Wirft sie doch verächtlich auf die ohnehin nicht allzu rosige Lebenshaltung der Arbeiter ein. Darum sprach in unserer öffentlichen Kartellversammlung vom 29. Oktober Kollege Seutmann-Düßeldorf über dieses Thema. Redner legte zunächst die Ursache dar, die für die seit mehr als zehn Jahren zu beobachtende Tendenz der Preissteigerung für alle Bedarfsartikel in Betracht kommen, beantwortete dann die Frage, ob teure Zeiten immer schlechte Zeiten seien und kam dann auf die jetzige Teuerung zu sprechen. Deren vielfache Ursachen legte er klar, hob besonders die Mitwirkung der sozialdemokratischen Presse und Agitatoren an der Preisjagd hervor. Eingehender behandelte der Redner, inwieweit die deutsche Wirtschaftspolitik die teuren Verhältnisse mitverschuldet habe und kam dann zu dem Schlusse, daß es einfach eine Verkennung und Verleugung von Tatsachen sei, wenn man die Zollpolitik für die jetzige Teuerung verantwortlich mache. Das Einfuhrsteuersystem erfuhr dabei eine besondere Berücksichtigung. Die Maßnahmen gegen die Teuerung, die der Redner vorschlug, deckten sich im großen Ganzen mit denen, die die Konferenz christlicher Arbeiterführer aufgestellt hat. Der sachliche und

sehr interessante Vortrag fand lebhaften Beifall. Eine rege Diskussion setzte ein, als ein hiesiger Genosse unser Kartell zu verächtlich suchte. Kollege Böyng, der Leiter der Versammlung, hatte es mit Recht als sonderbar bezeichnet, daß, obwohl freie Diskussion zugefast worden sei und die Genossen in unmittelbarer Nähe zwei Beamte sitzen haben, keiner der Herren erschienen sei. Sie hätten der Tapferkeit besten Zeil erwählt und waren der Versammlung ferngeblieben.

Wocholt. Wenn unsere Leser diese Zeilen zu Gesicht bekommen, ist die Wahlschlacht für die Vertreter der Ortskrankenkasse II schon geschlagen. Dennoch wollen wir berichten über eine öffentliche Versammlung, die hier vom Ausschuss für soziale Angelegenheiten einberufen war, zu dem Zwecke, über die Wichtigkeit der Wahlen aufzuklären. Kollege Otte, der das Referat übernommen hatte, sprach über die Frage: „Weshalb beteiligen sich die christlichen Arbeiter an den Krankenkassenwahlen“. Er führte ungefähr folgendes aus: Zwei Gründe seien es, die die Arbeiter dazu bewegen, erstens prinzipielle und zweitens praktische Gründe. Aus prinzipiellen Gründen, weil die Arbeiterbewegung getrennt ist nach Weltanschauungen, und die Wahlen zu den Versicherungen würden getragen von der Arbeiterbewegung. Im Gegensatz zu den Sozialdemokraten kennen die christlichen Arbeiter die Vorteile der sozialen Versicherungen gerne an, wenn auch manche Wünsche unerfüllt geblieben seien. Sie betrachten die Versicherung doch als einen großen Segen. Die Sozialdemokratie habe zwar alles abgelehnt, nehme aber doch Anteil an dieser Segnung. Die Beteiligung an der Wahl sei auch aus praktischen Gründen notwendig. Die Vertreter der Klassen können dazu beitragen, daß manche Verbesserungen in die Krankerversicherung aufgenommen werden können und zwar allgemeiner und spezieller Art. Die Krankerversicherung sei die populärste und bedeutungsvollste Versicherung, sie zahle mehr als das Doppelte an Entschädigungen als die anderen Versicherungen. Redner wies dann den Vorwurf eines sozialdemokratischen Flugblattes zurück, daß die Behauptungen aufstellte, die Christlichen hätten die Verhältnisse nicht verbessert. Gerade das Gegenteil sei der Fall, was Redner an einem Beispiel nachwies. Mit einem warmen Appell, sich zahlreich an den Wahlen zu beteiligen, schloß Redner seine Ausführungen, die mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurden. Kollege Rosenacker stellte nun die Ausführungen zur Diskussion, erbat die Genossen, sachlich sich an der Diskussion zu beteiligen. Als erster trat nun Herr Potorny-Düßeldorf auf mit einem großen Material, um nun gegen die christliche Arbeiterschaft vorzugehen. Er kritisierte vor allem die Betonung der Weltanschauung durch den Vorredner und meinte, gerade bei den Verhandlungen betreffend die Reichsversicherungsordnung hätten die Führer der Christlichen ihre Ansicht oft gewechselt. Das sei namentlich auf dem christlichen Gewerkschaftskongress in Köln geschehen. Da hätten die Arbeiterabgeordneten gegen manche Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung gesprochen, aber im Reichstage seien sie unangekommen. Die Sozialdemokratie habe deshalb nicht für die Versicherung stimmen können, weil alle Anträge, und deren seien es 500 gewesen, abgelehnt worden waren. Redner kritisierte in langen und breiten Ausführungen die Reichsversicherungsordnung, hob natürlich die Verdienste der sozialdemokratischen Partei hervor, die eine Verbesserung erstrebt habe, aber mit allen ihren Anträgen abgewiesen worden sei. Redner suchte nachzuweisen, daß die Sozialdemokratie schon vor 40 Jahren für soziale Gesetzgebung eingetreten sei, aber sie sei stets abgewiesen worden. Man sei bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung von dem Grundsatze ausgegangen, dem Arbeiter möglichst wenig zu geben. Der Arbeiter sei vor nichts geschützt. Zuckerbrot und Peitsche, das gebe die Reichsversicherungsordnung. Die Beratung der Vorlage sei geradezu durchgepeitscht worden. Kollege Otte hielt nun Potorny vor, daß er über das Thema des Abends wenig gesprochen hätte, er habe seinen ganzen Groll über die Reichsversicherungsordnung ausgelassen. Er betonte nochmals, daß die christlichen Arbeiter mit allen Bestimmungen auch nicht zufrieden sein könnten, aber von allen Unbeln nehme man doch das kleinste. In geschickter Weise trat Redner dann den Verdächtigungen Potornys bezüglich des Verhaltens der christlichen Arbeiterführer entgegen. Bei der Beratung in Köln habe es sich nur um einen Entwurf gehandelt und da seien doch die Führer berechtigt gewesen, Anträge zu stellen. Sie seien z. B. gegen die Häufelung eingetreten. Wenn manche Anträge im Reichstag nicht zur Durchführung hätten gelangen können, so seien doch die christlichen Arbeiterführer nicht daran schuld. Die Sozialdemokratie habe gar viele Anträge gestellt, aber dieselben seien nicht durchführbar oder nicht erreichbar gewesen. Redner wies dann auf v. Volmar hin, der gesagt habe, die Partei treibe Politik der Kinder, man stelle Anträge, aber man will sie nicht zum Gesetz machen. Weitere Ausapungen des „Genossen“ Potorny wies der Redner ebenfalls treffend zurück. Eine Anfrage des Kollegen Böyng an Potorny, was Sozialpolitik sei, v. d. wie sie gemacht werden könne, rief diesen wieder auf den Plan. Des langen und breiten redete er von der Arbeiterfreundlichkeit seiner Partei, deren einfachste Forderungen man stets abgelehnt habe. Einen weiten Raum seiner Ausführungen nahm der Fall Düßeldorf ein, wo bekanntlich der Klassenführer der allgemeinen Ortskrankenkasse abgesetzt worden ist. Er suchte natürlich denselben rein zu waschen. Ein Antrag auf Schluß der Debatte wurde angenommen und zur Aufstellung der Kandidaten geschritten. Die vom sozialen Ausschuss vorgeschlagenen Kandidaten wurden genehmigt. In seinem Schlusssatz betonte der Referent nochmals die Bedeutung der Wahl und feuerte zur Teilnahme an derselben an.

Greiz i. Vogtland. Maßnahmen gegen die Teuerung. In unserer Mitgliederversammlung vom 28. Oktober verlas der Kollege Kanis das allen Ortsgruppen zugegangene Protokoll über die allgemeine Revision der Mitgliedsbücher im Gau Vogtland. Er schloß daran den Wunsch, alle Mitglieder möchten dafür sorgen, daß unsere Ortsgruppe in solchen Protokollen später nicht wieder genannt werden brauche. Hierauf referierte derselbe über „unsere Stellungnahme zu der Steigerung der Lebensmittelpreise“. Er behandelte zuerst die Frage nach den Ursachen der Teuerung und wandte sich entschieden gegen die Behauptung der Sozialdemokratie, daß nur die gegenwärtige Wirtschaftspolitik die einzige Schuld an dieser Preissteigerung trage. Zwei Mittel gab er der Arbeiterschaft an zur Abwehr: die Staats- oder Gemeinde- und die Selbsthilfe. Beide Mittel sind auch in unserer Ortsgruppe angewendet worden. Durch eine Eingabe an den hiesigen Gemeinderat wurde eine städtische Verkaufsstelle für Kartoffeln errichtet. Freilich können wir nicht ganz mit den Maßnahmen des Gemeinderats zufrieden sein. Weitere Eingaben an die hiesigen Arbeitgeber werden unseren Weibern und Weberinnen Lohnerhöhungen bringen. Freilich wird noch zu unternehmen bleiben, ob die für den 24. November versprochenen Lohnerhöhungen sich mit den gegenwärtigen Lebensmittelpreisen decken. Den größten

Vorteil aber haben unsere Mitglieder unstrittig von dem gemeinsamen Kartoffelbezug. 600 Htr. gute Kartoffeln konnten zu einem billigen Preise an unsere Mitglieder abgegeben werden. Wie sich hier der Verbandsbeitrag reaktiert, geht daraus hervor, daß unsere Mitglieder pro Zentner Kartoffeln 1-1,55 M. erparen. Redner schloß mit dem Wunsch: alle Mitglieder mögen die außerordentlichen Mühen und Arbeiten der Geschäftsleitung sowie des Vorstandes durch agitatorische Kleinarbeit vergelten. Alsdann sprach der Kollege Seidel über „praktische Handgriffe in der Weberei“. Dieser Vortrag hatte für jeden insofern einen Wert, als der Kollege Seidel durch verschiedene Erklärungen und Zeichnungen vielerlei zur praktischen Erleichterung zeigte. Wegen der vorgerückten Zeit konnte nur die erste Hälfte des Vortrages erledigt werden. In der Generaldebatte, die sich hieran anschloß, wurde der Wunsch laut, derartige Vorträge öfter zu wiederholen. Nach einem Schlußwort des Kollegen Welcher fand die interessante Versammlung ihr Ende.

Kaufbeuren. Erfreulicher Weise können wir mal wieder von einer gut besuchten Versammlung berichten. Sie fand am 21. Oktober statt. Kollege Rothert behandelte das Thema: „Deutschland im 20. Jahrhundert und seine Arbeiterschaft“. An der Diskussion beteiligte sich ein Kollege unserer Ortsgruppe sowie der Präses des Arbeitervereins. Letzterer munterte ganz besonders die Mitglieder unserer Organisation auf, treu zusammenzuhalten und auch den notwendigen Opfer-sinn zu beweisen. Daß die christlich gestimmte Textilarbeiter-schaft Kaufbeuren den Ernst der Zeit erkannt, beweist die Durchführung der Lokalbeiträge von 5 Hg. pro Woche. Um noch eine kleine Unterhaltung nach dem ersten Teil genießen zu können, wurden noch einige Gewerkschaftslieder gemeinsam gesungen. Die ganze Versammlung verlief in schönster Weise.

Krefeld-Rockum. Es kann möglich sein, daß es die besondere Tagesordnung bewirkt hat, aber jedenfalls war unsere Mitgliederversammlung recht gut besucht. Das war eine Freude für den Vorstand. Nach Erledigung einiger geschäftlichen Angelegenheiten verbreitete sich der Schriftführer in längeren Ausführungen über die am 21. September in Krefeld stattgehabte Bezirkskonferenz. Der Punkt „Stärkung unserer Zentralkasse“ veranlaßte eine äußerst rege und vielfältige Diskussion, als deren Resultat folgende Resolution einstimmig Annahme fand:

„Die Ortsgruppe ist von der Notwendigkeit der Stärkung der Zentralkasse überzeugt. Sie erblickt in der Reform der Unterstützungs-Einrichtungen eine finanzielle Stärkung. Für Lokalbeiträge kann sie sich zur Zeit nicht aussprechen.“

Es ist für den Vorstand eine Freude, zu sehen, wie die bisher vorhandene Lauheit langsam aber sicher zu schwinden beginnt und ein reger Eifer sich allenthalben bemerkbar macht. Wir haben also die besten Aussichten für die Zukunft. Mögen sich aber auch die Kollegen, welche durch Unwesenheit unentschuldig glänzen, sagen, daß man mit „Den-hoekern“ keine wirtschaftlichen Kämpfe führen kann. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten wurde noch über Mittel und Wege beraten, wie man den Versammlungsbesuch heben und neue Mitglieder gewinnen könne. Man beschloß, im Verlaufe des Winters einen Familienabend zu veranstalten und beauftragte den Vorsitzenden mit den nötigen Vorarbeiten. Gegen 9 Uhr fand die in allen Teilen anregend verlaufene Versammlung ihr Ende.

Reichhausen. Maßnahmen gegen die Teuerung. Daß die hiesigen christlichen Organisationen auch praktisch tätig sind und nicht bloß über die Teuerung schimpfen und in Heze machen, wie ihre Gegner, sondern ihre Mitglieder über dieselbe möglichst hinwegzuhelfen suchen, beweist der von ihnen in die Wege geleitete gemeinschaftliche Kohlen- und Kartoffelbezug. Ersterer erhalten die Mitglieder der katholischen Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine sowie der christlichen Gewerkschaften zu dem in Anbetracht der hiesigen Verhältnisse billigen Preise von M. 1,35 per Zentner ins Haus geliefert. Dieser Tage wird auch die Kartoffellieferung beginnen, und zwar kostet der Zentner frei ins Haus ausgehakte erste Qualität 4 M. Es sind schon sehr ansehnliche Quantitäten von den Mitgliedern bestellt worden, trotzdem die Sache für heute spät in Angriff genommen wurde. Besonders verdient machte sich um die Sache der neue Lokalbeamte des christlichen Textilarbeiterverbandes, Kollege Kotsch, der den Vereinen mit Rat und Tat an die Hand ging. Kommendes Jahr wird die Sache noch weiter ausgebaut werden.

Leuth. Es legt Zeugnis ab von dem guten Geist unter unseren Mitgliedern, daß unsere letzte Versammlung sehr gut besucht war. Kollege Pech-Krefeld sprach über die Notwendigkeit der Stärkung unserer Zentralkasse. Im allgemeinen war in der Versammlung Stimmung für die Erhebung eines besonderen Lokalbeitrags vorhanden. Dankenswerte Aufnahmen fanden auch die Ausführungen des Kollegen Pech über unsere Arbeitslosenunterstützung. Alles in allem war die Versammlung recht interessant und dürfte bewirkt haben, daß auch die folgenden gut besucht werden.

Neumünster. Leider findet es nur ein Teil unserer Mitglieder für notwendig, die von unserer Ortsgruppe getroffenen Einrichtungen zur Bildung der Mitglieder zu benutzen. Unsere Versammlungen und Diskussionsstunden mühten durchweg viel besser besucht sein. Namentlich jüngere Mitglieder gehen lieber spazieren, als in die Versammlungen. Und doch sollten gerade sie strebsam sein, sie sind die Hoffnung der Bewegung. Wir hatten in den letzten Monaten einige Versammlungen, die außerordentlich interessant und wichtig waren. So die Mitgliederversammlung, in der Kollege Gute über die Geschäftsfrage und die Tarifbewegung referierte. In unserer letzten öffentlichen Versammlung sprach Kollege Seutmann über die Textilindustrie auf dem Weltmarkt und im zweiten Teil des Vortrages über Strömungen im Arbeitgeberlager. Der Vortrag brachte für uns ein ganz neues Gebiet, und es ist bedauerlich, daß auch diese Versammlung nicht von allen Mitgliedern besucht war. In unserer Mitgliederversammlung vom 31. Oktober wurde beschlossen, gegen die Teuerung Maßnahmen zu ergreifen. Das alles sind doch Punkte, die das Interesse aller Mitglieder beanspruchen können. Darum für die Zukunft: Voll-zähliger Besuch aller Versammlungen.

Willsh. Zur Einleitung der Herbst- und Winteragitation hielten wir am 29. Oktober einen Familienabend ab. Kollege Bonas-Krefeld sprach über die Notwendigkeit der christlichen Gewerkschaften. In der Diskussion hob der Präses des hiesigen katholischen Arbeitervereins die Notwendigkeit des Hand-in-Hand gehens der Arbeitervereine und Gewerkschaften hervor. Zum Schluß forderte er die anwesenden Nichtorganisierten auf, der christlichen Gewerkschaft beizutreten. Der zweite Teil des Abends wurde ausgefüllt durch Theaterstücke und Gesangsvorträge. In den nächsten Tagen soll eine kräftige Hausagitation einsetzen.

Zell i. B. Einen kleinen Aufschwung in der Mitgliederzahl konstatierte der Rechenschaftsbericht vom dritten Quartal, den der Kassierer in unserer letzten Mitgliederversammlung

bekannt gab. In seinem Vortrage über „Herbst- und Winterarbeit“ betonte unser Bezirksleiter, Kollege Klümmele, daß, wenn alle ihre Pflicht täten, es im kommenden Quartal leicht möglich sei, die Zahl 200 zu erreichen.

Soziale Rundschau.

Den „roten“ Steuerpolitikern ins Stammbuch. Eine scharfe Kritik übt der ehemalige sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Richard Calver im neuesten Hefte der von ihm herausgegebenen Zeitschrift „Die Konjunktur“ (Nr. 4) an der agitatorischen Art und Weise, wie in den letzten Debatten des Reichstags von den sozialdemokratischen Rednern die Steuerfrage behandelt worden ist.

Den Herrn Politikern sind ja die Tatsachen, auf Grund deren sie ihre großen Reden halten, so selbstverständlich, daß sie gar nicht danach fragen, ob die Dinge auch wirklich so liegen, wie sie ihnen erscheinen. Nach weniger gehen sie in eingehender Weise auf die Ursachen der in Frage kommenden Erscheinung ein — das alles ist ja gar nicht zu unteruchen, das alles steht par idiomatisch fest. ...

Richard Calver ist zwar heute nicht mehr Mitglied der sozialdemokratischen Partei, steht ihr aber immer noch nahe. Deshalb verdient sein Urteil festgehalten zu werden. Und was er von den sozialdemokratischen Abgeordneten sagt, trifft auch für die sozialdemokratische Presse zu. Sie lieferte den Abgeordneten das „Material“ und bereitete die Stimmung vor. Sie hat den „Fischzug der Spekulation“ auf Kosten der Konsumenten erst recht ermöglicht.

Die Gesundheit der Arbeiterfrau ist infolge der Ueberlastung, die durch die Forderung der Frau und Mutter als Fabrik- und sonstige Arbeiterin entsteht, viel mehr gefährdet, als die des männlichen Arbeiters. Das zeigen auch die Nachweise der meisten Krankenkassen, wie die neuesten Feststellungen des Kaiserlichen Statistischen Amtes darüber, das in einer Berechnung der Krankheits- und Sterblichkeitsverhältnisse nachweist, daß auf 100 ein Jahr lang beobachtete Personen, die gegen Krankheit versichert waren, im Alter von 25 zu 35 Jahren Krankheitsfälle entfielen:

Alterklasse	männlich weiblich	
25-29	708	1205
30-34	941	1455
35-39	1243	1496
40-44	2760	2373
45-49	3456	2531

Hier zeigt es sich klar, welchen Einfluß die Mutterpflicht auf die Krankheit der Frau ausübt. In dem hierfür in Betracht kommenden Alter sind diese der Krankheitsgefahr viel mehr ausgesetzt als die Männer. Daß auch hier die doppelte Arbeitspflicht Hauptursache ist, beweist das Verhältnis der versicherungspflichtigen und der freiwilligen Mitglieder.

Lange Arbeitszeit und schlechte Löhne sind an der großen Krankheitsziffer mit schuld. Wenn wir konstatieren mußten, daß die Frauen vor allem in jenen Jahren, wo sie am häufigsten Mutter werden, am leichtesten erkranken, so ist dies ein Beweis, wie notwendig ein ausgiebiger Mutterurlaub vor und nach der Entbindung ist.

Erhebungen über Arbeiterverhältnisse durch Handelskammern. Eine westfälische Handelskammer hat ihren Mitgliedern Fragebogen geschickt zur Untersuchung der Arbeiterverhältnisse in dem betr. Bezirk.

Die waren die Arbeiterverhältnisse? Sind die Löhne gestiegen, gefallen oder stabil geblieben? Bestand Mangel an Arbeitskräften? Wechselten die Arbeiter viel? Wurden sich Anläufe zu einer Organisation der Arbeiter bemerkbar? Bemerkten Sie bei den Arbeitern die Neigung, die Arbeitsleistung zu vermindern, oder überhaupt einen Rückgang der Leistungsfähigkeit? Sind Fälle der Simulation oder Ueber- treibung zum Schaden der Krankenlassen und Berufsgenossen- schaften (eventl. der Verdacht solcher) vorgekommen? Konnten Sie feststellen, daß die Neigung der Arbeiter, kleine Unpäs- lichkeiten zu überstreifen und dieserhalb von der Arbeit wegzuh- bleiben, zunimmt? Gaben Sie mehr als früher über Neigung der Arbeiter zum Blamachen zu hören? Nimmt die Zahl der Vereine und Festlichkeiten in Ihrer Gegend zu? Halten Sie eine Einschränkung beider für geboten?

So wünschenswert es ist, bemerkt dazu die „Soziale Praxis“, daß sich die Handelskammern mehr mit den Arbeiterverhältnissen befassen, so ansehnlich erscheinend doch die Art der Fragestellung, die bereits eine Reihe von „Neigungen“ als Tatsachen unterstellt, über deren Vor- handenheit und Umfang doch erst die abgeschlossenen vor- liegenden Ergebnisse der Umfrage Aufschluß liefern sollen. Es ist ein allerdings nicht nur bei den Praktikern, sondern leider auch bei theoretischen sozialwissenschaftlichen Forschern mehrfach anzutreffender Fehler, daß sie die jugendliche Frageformulierung, die dem Befragten die Antwort in bestimmter Richtung schon in den Mund legt, nicht ganz vermeiden. Bei der westfälischen Umfrage ist diese Frageformulierung besonders bedenklich, weil durch die ganze Reihe der Fragen eine pessimistische Tendenz geht und weil sie ausschließlich an Interessente sich wendet, die bereits zu ähnlicher Auffassung neigen und gar nicht die Zeit und das Interesse haben, eingehendes Beobachtungsmaterial zu sammeln und zu veröffentlichen, das vielleicht Schlüsse entgegengelegelter Richtung zuließe.

Wir möchten noch hinzufügen, daß wir für solcher Art zustande gekommene Erhebungen nicht nur nichts geben, sondern direkt für verwerflich und schädlich halten im Interesse der Wahrheit.

Verfassungskalender.

- Vorghorb. 22. Nov., 11 Uhr, bei Franz Dwerfeg.
- 25. Nov., 11 Uhr, bei Franz Dwerfeg, für jüngere Mit- glieder bis 18 Jahre.
- Brand. 20. Nov., 1/29 Uhr, bei Söngenberg.
- Düffelort. 19. Nov., 11 Uhr, bei Peter Päß.
- Elsfeld. 18. Nov., 8 1/2 Uhr, bei Hektorath, Alohahn.
- Cuxpa. 19. Nov., 5 Uhr, bei Maria Berg, Neustraße Generalversammlung.
- M. Gladbach-Haselerbroich. 19. Nov., 6 Uhr, im St. Elisabeth-Sp. Mählenstr., Arbeiterinnenversammlung.
- M. Gladbach-Soll. 26. Nov., 6 Uhr, bei David Kres, Arbeiterinnenversammlung.
- M. Gladbach-Tümp. 22. Nov., 7 Uhr, bei Peter Hülfen, Reuserstr. 263.
- Greisath. 26. Nov., 5 Uhr, bei Albert Reiners, großes Gewerkschaftsreit.
- Greven. 24. Nov., 8 Uhr, bei Bm. Winnigshoff.
- Hinsbeck. 22. Nov., 5 1/2 Uhr, bei Wm. Hähnen, General- versammlung.
- Kahlfeld. 19. Nov., 11 Uhr, bei Peter Gilleßen.
- Loberich. 19. Nov., 5 1/2 Uhr, bei August Krummeich.
- Langewalde. 19. Nov., 4 Uhr, bei Diez, am Markt.
- Recfen. 22. Nov., 6 Uhr, bei Franz Köppen, Generalverf.
- Schießbahr. 22. Nov., 7 Uhr, bei Heinrich Kaiser.

Bezirk Bocholt-Gronau.

Bekanntmachung.

Mit dem 1. Dezember d. J. wird sowohl das Ver- zirk- wie Sozialsekretariat nach Langerbergstraße 21 verlegt. Einzeltliche Hinzurufen z. bitten wir von ge- nanntem Tage an die bezeichnete Adresse (Langerberg- straße 21) richten zu wollen.

Der Bezirksleiter: Bernh. Otte.

Bezugnehmend auf obige Bekanntmachung sei noch daran erinnert, daß nach dem 1. Dezember die hier be- stehenden vier Filialgruppen aufgehoben sind. Die Ver- treuungswähler der Ortsgruppe Bocholt können dann die Zeitungen nur noch auf dem Sozialsekretariat abholen. S. A.: Aug. Secke, Sozialamter.

Sterbe-Tafel.



Es starben die Verbandsmitglieder:

- Carl Oesekofen in Krefeld.
- Jakob Laufs in Krefeld.
- Heinrich Potthof in Stadtlöhn.
- Julius Schiefer in Barmen.
- Philomena Wieschke in Neustadt O.-Schl.
- Heinrich Kluge in Landeshut.
- Agnese Aebbers in Suchtein.
- Klaas de Löw in Gronau.
- Jakob Stein in M.-Gladbach.
- Adam Holz in Schloßbahn.
- Joseph Terörde in Bocholt.

Ehre ihrem Andenken!

Literarisches.

Herbststimmung durchzieht das neueste Heft (Nr. 44) der literarischen Münchener Wochenschrift „Die Zeits“. Einleitend schildert Richard Peter in seinem „Herbstgang bei Straßburg“, wie ein sonniger Herbsttag verblüht. Johannes Trojans Skizze „Der Landmann“ lenkt die Gedanken mehr zum Spätsommer zurück, aber Albert Schaffers feine kleine Geschichte „Der Drachen“ greift die Melodie, die zum Beginn des Heftes angeschlagen wurde, wieder auf. Er zeigt, wie so ein einfacher Vor- gang, wie das Steigenlassen eines Drachens, für drei junge heranreifende Menschenkinder zum tiefsten Innern Erlebnis wird. Und auch eine der Lafontaineschen Fabeln „Die Grille und die Ameise“ redet vom Herbst. Interessant sind in dem Heft die „Sprüche von Handwerkerhäusern“ aus dem vorigen Prämienaus schreiben der Zeits, von denen wir einen vom Hause eines Münchner Buchbinders hier wiedergeben:

„Was im Kopf des Gelehrten ward erfunden, Wird hier geleimt, geschnitten und gebunden.“ August Langbeins lustiges Gedicht „Das große Los“ in der Schallkette verhilft auch dem Humor zu seinem Rechte. Vielen wird in diesem Heft die zweite Liste der Prämiierten vom Ausschreiben „Sprüche von Haus und Weg“ wichtig sein. — Die Zeits ist zum Preise von 1,50 Mk. für das Vierteljahr zu beziehen. Probenummern sendet auf Wunsch umsonst und postfrei die Geschäftsstelle der Zeits, München, Kindermarkt 10.

Arbeiter-Taschenbuch für das Jahr 1912. Heraus- gegeben von dem Kartellverband katholischer Arbeiter- vereine West-, Süd- und Ostdeutschlands. 288 Seiten. Preis kartoniert 40 Pfg., gebunden in Leinwand 50 Pfg., von Vereinen in Partien bezogen billiger. Verlag der Germania Alt.-Ges., Berlin C 2. — Der vorliegende 10. Jahrgang des Arbeiter-Taschenbuches wird heraus- gegeben von dem Kartellverbände katholischer Arbeiter- vereine West-, Süd- und Ostdeutschlands. Seit Jahren schon war das Taschenbuch der Ausdruck der Geistes- und Arbeitsgemeinschaft in den jetzt kartellierten drei Landesverbänden. Es hat sich die Aufgabe gestellt, der Wegweiser der Vereinsmitglieder zu sein. Daher sein reich, packender, lebenswackender Inhalt. Für jeden in der christlichen Arbeiterbewegung stehenden Arbeiter- freund und für alle katholischen Arbeiter ohne Ausnahme ist gerade dieses Taschenbuch außerordentlich nützlich; ja geradezu unentbehrlich. Aus dem Inhalte heben wir besonders hervor:

„Lebendiges Christentum“, „Arbeiterhaus und Arbeiter- heim“, „Was die Arbeiter von Bischof Ketteler lernen sollen“, „Zuwanderung und katholische Ständevereine“, „Die christlichen Gewerkschaften in 1910“, „Der Gewerk- schaftler im katholischen Arbeiterverein“, „Arbeiter- interessen und Handelspolitik“, „Umbildungen im politischen Leben“, „Was bringt uns die Reichsversicherungs- Ordnung“ usw.

Möchten doch — bei dem niedrigen Preise — recht viele danach greifen zu eigenem Nutzen und im Interesse der guten Sache.

Inhaltsverzeichnis.

In die christlich-nationalen Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands. — Artikel: Schafft Haushaltungsbücher an! — Wirtschaftspolitische Erörternungen im Arbeiterlager der Textilindustrie. — Arbeiterin und Invalidenversicherung. — Feuilleton: Arbeiter-Dichter. — Aus der Arbeiter- bewegung: Zur Labarbeiterausperrung in Norddeutsch- land. — Weihnachtsfeiern in unseren Ortsgruppen. — Bildungsarbeit in den Gewerkschaften. — Buchdruckereibetrieb über die Zulassung des Gutenberghundes. — Die größte innerpolitische Tat. — Gewerkschaftsstellungen politische Vereine? — Ueber ein christliches Arbeitsmonopol. — Gegen den Koalitionsrechtstraub — mehr Koalitionsfreiheit. — Ein- gabe des Gewerkschafts christlicher Bergarbeiter an den Reichstangler. — Gelder der Zeitungsarbeiter für sozialdemo- kratische Parteiwerke. — Ein „gelbes“ Parlament. — Aus unserer Industrie: Die Seidenindustrie im deutsch-japanischen Handelsvertrage. — Ueber den Beschäftigungsgrad in der Textilindustrie im Monat September. — Aus dem Verbands- gebiete: Lohnbewegungen und Arbeitsstreitig- keiten: Vogtland. — Aus unseren Bezirken: Für die drei Gane des badißchen Bezirkes. — Berichte aus den Ortsgruppen: Rhauß. — Bocholt. — Greiz i. Vogtland. — Kaufbeuren. — Krefeld-Bochum. — Vechhausen. — Leuth. — Neumünster. — Willich. — Zell i. W. — Soziale Rund- schau: Den „roten“ Steuerpolitikern ins Stammbuch. — Die Gesundheit der Arbeiterfrau. — Erhebungen über Ar- beiterverhältnisse durch Handelskammern. — Versammlungs- kalender. — Sterbetafel. — Literarisches.